

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helleste Seltung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM
mit Aufträgen; einzelne Nummern 15 Pf
: Gemeinde-Verbands-Konto Nr. 3 :
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403
Postfachkonto Dresden 125 48

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Pettizelle 20 Reichspennige, Eingeklebt und
Reklamen 60 Reichspennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Schue. — Druck und Verlag: Carl Schue in Dippoldiswalde.

Nr. 276

Donnerstag, am 27. November 1930

96. Jahrgang

Örtliches und Sächsisches

Dippoldiswalde, 27. November. Gestern abend hielt der Gewerbe- und Volksbildungsverein wieder einen Vortragsabend ab, den dritten in der jetzigen Reihe. Der große Schützenhausaal war besetzt bis hinten. Man versprach sich viel von dem heiteren Ludwig-Thoma-Abend. Und man hatte sich nicht zu viel versprochen, sicher nicht. Jul. Will zeigte sich als vollendeter Interpret Thomasscher Eigenart. Mit kurzen Strichen zeichnete er einleitend den Lebenslauf des vom Rechtsanwalt zum Schriftsteller hinüberwechselnden Thoma, erzählte, wie er gewissermaßen über Nacht berühmt wurde, und gab dann Proben der Kunst Ludwig Thomass, gut gewählt nach einem auf Erfahrung beruhenden Wissen. Welch tiefes Gemüt offenbart die Erinnerung an die Kinderzeit des Dichters; einen ersten Einschlag hat die letzte Stunde des sterbenden Bauern. Aber der gestrige Abend wollte und sollte uns ja zeigen Thoma von der heiteren Seite. Er tat es mit großem Erfolg. Wie der Dichter die Dachauer Bauern schildert, ist einzig und erreicht wohl seinen Höhepunkt in der Brautkauf. — Ländlich, stillisch! — Aber auch die Lausbuben Geschichte, die Bismarckführung und, und — na, jede Nummer brachte so köstlichen Humor, daß wohl „sein Auge trocken“ blieb. Dabei fehlt der Tieferschürfende oft nicht nur eine Pointe. Auch fehlt's nicht an scharfer Satyre und abgeklärter Weltweisheit. Da können Herz und Gemüt, aber auch der Verstand profitieren. Der gestrige Abend war ein Gewinn so und so. Er warb neue Freunde für Ludwig Thoma, aber auch für den veranstaltenden Verein. Wenn etwas den Genuß beeinträchtigte, und zwar für einen Teil der Zuhörer sogar stark beeinträchtigte, so war es wieder der Betrieb auf den Regelbahnen unterm Saale. Theaterdonner — so klingt es — wird ja auch gebraucht, aber an Vortragsabenden ist er mehr als überflüssig.

Leipzig. Am Mittwoch vormittag war in einem Leipziger Hallenbad unter Führung eines Lehrers eine Berufsschulkasse zum Baden eingetroffen. Als der Lehrer die Schüler aufforderte, sich zum Fortgang fertigzumachen, zeigte es sich, daß der 16 Jahre alte Schlosserlehrling Walter Köhler aus Böhlitz-Ehrenberg fehlte. Vom Sprungturm aus wurde der Lehrling schließlich auf dem Grund des Bassins liegend gefunden. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Seifersdorf. Zu dem Einbruch ins Pfarrhaus wird uns noch berichtet: Die Diebe sind durch das Studierzimmer des Pfarrers nach Eindrücken einer Fensterscheibe eingestiegen und haben hier und im Flur alles durchwühlt, haben aber außer einigen Schwaren nichts gestohlen. Vermutlich haben sie nach Geld gesucht, das sie aber nicht vorfanden. Einiges Kleingeld verstreuten sie in der Stube. Der Spürhund verfolgte eine Spur in Richtung Vorlas. — Gegen 1/4 Uhr versuchten Eindringler, anscheinend die gleichen, bei Bruno Hegewald einzusteigen, sie wurden aber verschreckt, als der Besitzer zum Fenster herausschaute.

Olshütte. Im Rathaus fanden gestern Verhandlungen über Maßnahmen statt, die gegen Betriebe angewendet werden sollen, die seit geraumer Zeit mit Ueberstunden arbeiten. An den Verhandlungen nahmen teil ein Betriebsleiter und die Betriebsräte der betr. Unternehmungen, ein Gewerkschafts- und ein Regierungsvertreter. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, in der bei der Regierung die Absicht bestanden hat, evtl. die 40 stündige Arbeitswoche durch Notgesetz einzuführen, um die Arbeitslosen in den Produktionsprozessen einzugliedern (worüber man natürlich sehr geteilter Meinung sein kann, denn das bedeutet neue Belastung für den Betrieb und ein Opfer des Arbeitnehmers), hat es hier berechtigtes Vergernis hervorgerufen, daß beispielsweise in einem Betrieb täglich 2—3 Ueberstunden gearbeitet worden sind, was natürlich auf allzugroße „Bereitschaft“ einzelner Arbeitnehmer mit zurückzuführen ist. Die Verhandlungen haben hoffentlich ergeben, daß durch Innehaltung der 48 Stunden-Woche, mehrere Erwerbslose eingestellt werden können.

Dresden. Als am Dienstag nachmittag der seit Oktober wegen schwerer Privaturlundenjäschung in Untersuchungshaft befindliche Paul Nade im hiesigen Landgerichtsgebäude zur Vernehmung geführt worden war, sprang Nade plötzlich auf und entfloh. Obwohl sofort das Gerichtsgebäude mit Hilfe von Polizei eingehend durchsucht wurde, gelang es nicht, des Flüchtlings, der früher schon Fluchtversuche unternommen hat, habhaft zu werden.

Dresden. Wie feinerzeit berichtet, wurde am 16. September eine 15 jährige Kontoristin, die 80 Mark vom Postfachamt geholt hatte, in der Köhlerstraße auf der Treppe zum Büro niedergebrosen und beraubt. Der Täter war

Deutsche Note an Genf

Sondertagung des Völkerbundes? — Gegenmanöver Polens

Berlin, 27. November.

Das Reichskabinett hat sich eingehend mit dem Material über die polnischen Terrorakte in Ostoberschlesien beschäftigt und die Note festgesetzt, die auf Grund des genauen authentischen Materials des deutschen Generalkonsuls den Generalsekretär des Völkerbundes von der Vergewaltigung und Mißhandlung der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien in Kenntnis setzt. Die Reichsregierung erhebt auf Grund dieses Materials entschiedenen Protest gegen das Verhalten Polens an den Völkerbund. Die Note wird voraussichtlich am Freitag der Öffentlichkeit übergeben werden, nachdem sie inzwischen in den Besitz des Generalsekretärs des Völkerbundes gelangt sein wird.

Das Reichskabinett hat auch die rechtliche Frage geprüft, ob es möglich ist, auf Grund des vorliegenden Tatsachenmaterials die

Einberufung einer außerordentlichen Ratstagung

des Völkerbundes zu beantragen. Nach Artikel 1 Absatz 5 und 6 der Geschäftsordnung des Völkerbundes muß unter Einhaltung einer ausreichenden Frist eine außerordentliche Tagung des Rates einberufen werden, wenn ein Mitglied des Rates oder drei Mitglieder des Völkerbundes einen dahingehenden Antrag an den Generalsekretär stellen. Unberührt von dieser Bestimmung muß der Rat zu einer außerordentlichen Tagung zusammentreten, und zwar auf Grund des Artikels 11, der die Frage einer Kriegsgesfahr, und des Artikels 15, der Konflikte unter Mitgliedern behandelt, die nicht schiefsrichterlich beigelegt werden können.

Nach einem Ratsbeschluss vom 24. März 1922 kann der Generalsekretär des Völkerbundes eine außerordentliche Tagung nur einberufen, wenn der amtierende Präsident des Rates die

Frage der Dringlichkeit

geprüft und die Ratsmitglieder über ihre Meinung zur Frage der Dringlichkeit gefragt hat. Die der außerordentlichen Ratstagung vorzuliegenden Drucksachen müssen mindestens fünf Tage vor Zutritt des Rates den Mitgliedermächten zugesandt werden. Seit Bestehen des Völkerbundes ist der Rat erst dreimal zu außerordentlichen Tagungen zusammenberufen worden. Zum ersten Mal im November 1923 zur Regelung der Oberschlesienfrage, sodann im Februar 1925 zur Beilegung des griechisch-bulgarischen Grenzkonflikts und schließlich im Februar 1926 zur Beratung über das Aufnahmegesuch Deutschlands in den Völkerbund.

Nach Auffassung in Berliner politischen Kreisen liegen die formellen Voraussetzungen für die Einberufung einer außerordentlichen Ratstagung nicht ungünstig. Sollte ein solcher deutscher Antrag gestellt werden, dann darf angenommen werden, daß die Dringlichkeit ohne weiteres bejaht wird, da die Zustände in Ostoberschlesien einen derart gefährlichen Charakter angenommen haben, daß weitere Ruhestörungen bei Fortdauer des polnischen Terrors unvermeidlich wären.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wird sich gleichfalls, und zwar am Dienstag, mit den Zwischenfällen in Oberschlesien befassen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Ausschuss nicht nur einmütig die Ablehnung der deutschen Protestnote an den Völkerbund billigen, sondern wahrscheinlich auch die Einberufung einer Sondertagung des Völkerbundes fordern wird.

Ein Eingreifen des Völkerbundesrates zu Gunsten der deutschen Minderheit in Polen erscheint aus mehreren Gründen als unerlässlich. Während auf der einen Seite im Falle Hohenzollern auf Grund der nicht zu verweigernden Tatsachen der zerstörten Häuser und schwerverletzten Deutschen die polnische Behörde angeblich gegen die schuldigen polnischen Beamten und Aufständischen vorgegangen ist, hat sie

entkommen. Bei der kriminalpolizeilichen Untersuchung des neueren Ueberfalles auf der Großenhainer Straße stellte sich heraus, daß der Haupttäter dieses glücklicherweise mißglückten Raubüberfalles, der Monteur Walter Thürlach, auch den Ueberfall auf der Köhlerstraße verübt hat. Nach längerem Leugnen gab er beide Ueberfälle zu.

Oelsnitz. Der ledige Milchhändler Adler fuhr am Dienstag abend mit seinem Motorrad auf der Straße von Oelsnitz nach Adorf an einen Baum. Adler wurde dabei so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus gestorben ist. Sein Mitfahrer erlitt nur leichtere Verletzungen.

Hartha. Eine schwere Wasserhose ging über die benachbarten Dörfchen Wallbach, Gersdorf, Erbach und Rinnmühle nieder. Besonders heimgesucht wurde der Ort

den Fall von Golassowik zum Anlaß genommen, um

Massenverhaftungen

von polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität durchzuführen. In den letzten 24 Stunden sind weitere 10 Deutsche verhaftet worden, so daß die Gesamtzahl der Verhafteten jetzt auf 40 gestiegen ist. Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um Angehörige des Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins. Von den 25 Aufständischen, die von auswärts in Golassowik einzudringen und die deutsche Schule auszuheben versuchten, wodurch der Verzweiflungsausbruch der geduldeten deutschen Bevölkerung überhaupt erst veranlaßt wurde, ist noch niemand verhaftet worden.

Zur Irreführung der öffentlichen Meinung im Ausland, das bereits in zunehmendem Maße gegen den polnischen Blutterror Stellung nimmt, hat

das polnische Innenministerium

durch die Amtliche Polnische Telegraphenagentur eine Darstellung verbreitet, die sich bemüht, den Tatbestand gerade auf den Kopf zu stellen. Es wird ernsthaft behauptet, die Behörden hätten Ruhe und Wahrsicherheit sowohl in der Vorwahlperiode wie auch am Tage der Wahl zum Senat und zum Schlesischen Sejm gewährleistet. Die Ruhe sei nur in einigen Ortschaften „wegen allzu lebhafter Wahlagitatorien“ (1) worden, „am erheblichsten durch herausforderndes Auftreten des schon seit einer Reihe von Jahren durch seine Heftigkeit bekannten Harfinger.“ In der Darstellung wird weiter behauptet, daß der Polizeifunktionär Schnapka im Augenblick, „da er seiner Dienstpflicht nachkam“, ermordet worden sei. Entgegen den tendenziös verbreiteten Nachrichten habe kein polnischer Bürger deutscher Nationalität das Leben verloren. Auch sei es mit Ausnahme der oben genannten Fälle zu keinen ernstlichen, den Wahlverlauf störenden Zwischenfällen gekommen. Dann heißt es wörtlich weiter:

Polnische Ausfälle

Bei dieser Gelegenheit kann die Feststellung nicht umgangen werden, daß die Aufgabe der Behörden durch einen verleumdenden und tendenziös falschen Bericht der Auslandspresse (??) planmäßig erschwert wird, die es sich augenscheinlich zum Ziel gesetzt haben, zwischen Deutschland und Polen ständig zu hegen und sogar die allergeringsten (??) Zwischenfälle zum Schaden des friedlichen Zusammenlebens der dortigen (ostoberschlesischen) Bevölkerung ins Ungeheuerste zu vergrößern. Gleichzeitig kann man nicht umhin, die Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die polnische Bevölkerung seit einer gewissen Zeit alarmiert ist durch die revisionistische Kampagne gewisser deutscher Faktoren sowie durch die Nachrichten über das Schicksal der polnischen Bevölkerung jenseits der Grenze, wo lebhafte Ueberfälle von Stößtruppen auf die polnische Bevölkerung und Zerstörung von Schulen und Wohnungen stattgefunden haben.

Deutsche Zurückweisung

Hierzu wird von zuständiger Stelle erklärt: Diese Meldung ist eine vollkommen tendenziöse Entstellung der wahren Tatsachen. Die deutsche Regierung wird Gelegenheit nehmen, den wirklichen Sachverhalt eingehend in der Note darzustellen, die sie wegen der Terrorakte dem Generalsekretär des Völkerbundes übermitteln wird.

Die Kabinettsitzung über die Note an den Völkerbund.

Berlin, 27. Nov. Die Sitzung des Reichskabinetts, in der über die deutsche Note an den Völkerbund wegen der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien beraten wurde, dauerte bis gegen Mitternacht an. Ein amtlicher Bericht wurde nicht ausgegeben.

Gersdorf. Die im Ru durch das Dorf flutenden Wassermengen drangen in die Wohnräume der Schmiede Gersdorf ein, so daß dieselbe vorübergehend geräumt werden mußte. Wiesen und Felder sind vollständig verschlammmt. In Gersdorf und Wallbach sind durch Anstauungen der gewaltigen Wassermengen auch die Straßen schwer beschädigt worden.

Wetter für morgen:

Nur zeitweise etwas auffrischende Ausläufer aus südlichen Richtungen, vorübergehend stark bewölkt, zeitweilig auch aufheiternd; Temperaturverhältnisse wenig geändert; kein erheblicher Niederschlag.

Französische Wahrheiten über Danzig

Danzig nur ein bescheidener Transithafen

Paris, 27. November.

Ein Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ berichtet in Zusammenhang mit einer Reise durch Polen auch über seine Beobachtungen in Danzig und stellt fest, daß die Hafenanlagen von Gdingen ein großes, gegen Danzig gerichtetes Werk seien. Nach dem Versailler Vertrag hätte die Freie Stadt Danzig der Hafen Polens werden müssen. Danzig sei aber nur der Hilshafen Polens geworden. Ein großer Handelshafen hätte es bleiben sollen. Es sei aber nur noch ein bescheidener Transithafen. Um den Hafen von Gdingen zu fördern und den Warenverkehr über Gdingen zu leiten, bringe Polen große Opfer. Dadurch bringe es Danzig in eine unsichere Lage. Selbst wenn Danzig die notwendigen Geldmittel hätte, um gegen diese polnische Konkurrenz anzukämpfen, könnte es dies nicht tun, denn Polen habe die Vormundschaft über die Danziger Zolltarife. Außerdem habe Polen in dem absterbenden Hafen von Danzig 22 000 polnische Arbeiter untergebracht, obwohl 18 000 Danziger Arbeiter keine Beschäftigung hätten.

Reichsbahn und Preisentwertung

Herabsetzung der Kohlentarife

Berlin, 27. November.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat sich in seiner Mittwoch-Sitzung mit der Frage beschäftigt, wie weit durch Tarifierung der Preisabbau gefördert werden könnte. Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß eine allgemeine Tarifierung zurzeit nicht in Frage kommt.

Dagegen wurde die Beschaffung eines ermäßigten Ausnahmetarifs für den Kohlentransport nach dem Ausland und nach Wettbewerbsgebieten genehmigt. Ferner ist die Hauptverwaltung beauftragt worden, die Möglichkeit zu prüfen, Waren der allgemeinen Lebenshaltung durch Tarifierung zu verbilligen.

Am übrigen gezeichnet der Verwaltungsrat ein überaus trübes Bild von der Finanzlage der Reichsbahn. Die Einnahmen für 1930 dürften etwa 700 bis 750 Millionen geringer sein als im Vorjahre. Zum Ausgleich dieser Mindereinnahme kommt in erster Linie in Frage der Verzicht des Reiches auf die Rückzahlung des 1926 gewährten Arbeitsbeschaffungsdarlehens, der Gewinnvortrag von 1928 in Höhe von 179 Millionen, die prozentige Kürzung der Beamten- und Ruhegehälter in Höhe von 6 1/2 bis 75 Millionen. Die Mitglieder des Vorstandes der Reichsbahn-Gesellschaft haben auf 20 v. H. ihrer Gesamtbezüge verzichtet. Auch die Dienstaufwandsentschädigungen werden ab 1. Januar in gleicher Höhe herabgesetzt. Eine etwaige Senkung der Arbeiterlöhne um 1 Pfg. pro Stunde würde 12 Millionen Mark im Jahre einsparen. Schließlich wirkt sich die Senkung der Kohlenpreise bei der Reichsbahn im Jahre um 19 Millionen Mark aus. Zum Schluss stellt ein hierüber ausgegebenes Communiqué grundsätzlich fest, daß durch die Erhaltung gesunder Reichsbahnfinanzen der deutschen Wirtschaft der beste Dienst erwiesen werde.

Rücktrittsgesuch Dr. Bredt zurückgestellt

Berlin, 27. November.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist nach einer fernmündlichen Vereinbarung zwischen Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsminister Dr. Bredt die Erledigung seines Rücktrittsgesuches bis nach der Rückkehr des noch erkrankten Ministers nach Berlin, die Anfang nächster Woche zu erwarten ist, zunächst noch zurückgestellt.

Amerikas Vertrauen zu Deutschland

Berlin, 27. November.

Im Rahmen der Vortragsreihe „Im Kampf gegen die Krise“ sprach gestern auf der Deutschen Welle der Präsident der amerikanischen Handelskammer in Deutschland, Fredrick W. King, über „Die deutsche Wirtschaft im Urteil des Auslandes“. Er führte etwa folgendes aus: Was Deutschland in den letzten zwölf Jahren geschaffen hat, hat die un eingeschränkte Bewunderung der Amerikaner erregt, die ihr Kapital nicht in Fabriken in Deutschland und in Anleihen für Deutschland anlegen würden, wenn sie nicht von Deutschlands Zukunft überzeugt wären.

Führende Wirtschaftler Amerikas sind überzeugt, daß sich Amerika im eigenen Interesse der Lösung des Problems der Reparationen und Kriegsschulden und damit der Weltwirtschaftskrise widmen müssen.

Im Hinblick auf Deutschland findet der Amerikaner, daß die Warenpreise für den Innenmarkt häufig über dem Ausfuhrpreis liegen und daß die Spanne zwischen den Erzeugerpreisen und den Kleinhandelspreisen weit größer ist als in Amerika. Der Weg vom Erzeuger zum Konsumenten ist zu kostspielig. Bezüglich der vermeintlichen Ueberproduktion scheint, daß der deutsche Innenmarkt von der eigenen Wirtschaft vernachlässigt und den Auslandsmärkten als der Quell alles Reichtums zu großer Wert beigelegt wird. Ausfuhrmöglichkeiten sind für die deutsche Wirtschaft Lebensbedürfnis aber von einer Sättigung des deutschen Marktes kann wohl nicht die Rede sein. Die Warenpreise müssen sinken, der Weg vom Erzeuger zum Konsumenten geebnet werden, und wenn dann die Preise sich mehr dem Weltniveau nähern, so wird auch die Kaufkraft da sein, um das Geschäft und die Produktion lohnend zu gestalten. Mit Rücksicht auf die zunehmende Anhäufung von Kapital und Gold in den Vereinigten Staaten, die dafür keine entsprechende Verwendung haben, ist es notwendig, überschüssiges Kapital im Ausland anzulegen. Es liegt auf der Hand, daß Deutschland, dessen Anlagegebiet in Amerika mit hundert Prozent angelehnt wird, ein Betätigungsfeld ersten Ranges darstellt. Amerika hat, so ichloß der Redner, den Krieg längst vergessen und bemüht sich aufrichtig, den Erfordernissen der deutschen Wirtschaft innerhalb seiner Fähigkeiten hilfreich zur Seite zu stehen.

Eine Erklärung Calenders

Katowitz, 27. November.

Der Präsident der Ernährten Kommission für Oberschlesien, Calender, übergibt der Presse folgende Mitteilung. In der Presse ist ein an mich gerichtete offener Brief ver-

chiedener deutscher Verbände veröffentlicht worden, in welchem ich zu Erfüllung meiner Pflicht ermahnt werde. Ich sehe mich nicht veranlaßt, darauf irgendwas zu antworten. Die deutsche und die polnische Minderheit haben auf meinen Schutz stets zählen können. Im gleichen Schreiben werde ich ersucht, dahin zu wirken, daß Polnisch-Oberschlesien an Deutschland zurückgegeben werde. Diese das Pflichtgefühl des Präsidenten der Ernährten Kommission verletzende Zustimmung weise ich mit Entrüstung zurück. Die jetzige Grenze ist die selbstverständliche Grundlage meiner Mission.

Einladung Calenders nach Warschau

Warschau, 27. November.

Wie die polnische Presse erfährt, hat Außenminister Jaleski den Präsidenten der Ernährten Kommission für Oberschlesien, Calender, eingeladen, nach Warschau zu kommen. „Dobry Wieczor“ glaubt, daß die Einladung Calenders zu einer Besprechung im Zusammenhang stehe mit dem beabsichtigten deutschen Schritt beim Völkerbund.

Koblenz braucht staatliche Hilfe

Koblenz, 27. November.

Angeichts der Not der von den Ueberschwemmungen betroffenen rheinischen Bevölkerung hat der Oberbürgermeister an den Reichskanzler und den preussischen Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem sofortige und kraftvolle Hilfe erbeten wird, da die örtlichen Stellen sich infolge finanzieller Notlage außerstande sehen, helfend einzugreifen.

Neues Erdbeben in Japan

223 Tote, mehrere hundert Verletzte.

Tokio, 27. November.

Die 65 Kilometer südwestlich von Tokio gelegene Stadt Misshima auf der Halbinsel Izu ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. An 1000 Personen sollen getötet oder verletzt worden sein. Bis her sind 223 Leichen geborgen. Nach dem Erdbeben brachen Brände aus.

Die Halbinsel Izu war in der letzten Zeit bereits mehrfach Schauplatz schwerer Erderschütterungen. Das jetzige Erdbeben begann um 4.03 Uhr früh und dauerte ungefähr 10 Minuten. Da die Verbindungen gestört sind, fehlen Einzelheiten, doch ist offenbar großer Schaden in Misshima selbst und auch in der benachbarten Stadt Numadsu sowie in zwei Dörfern angerichtet worden.

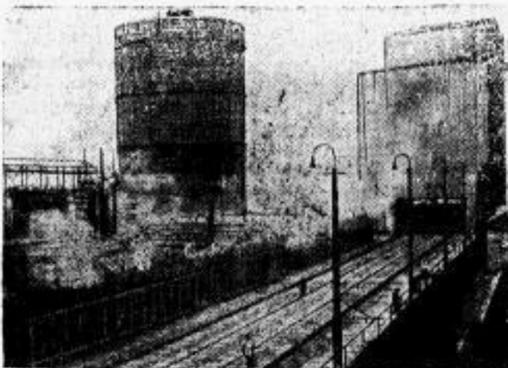
Das Erdbeben hat in einem großen Teil des Bezirks Schizuoka südwestlich der Hauptstadt besonders verheerend gewüht. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich auf 223, diejenige der Verletzten übersteigt 1000. Die Orte, die am meisten gelitten haben, sind Misshima, Numadsu, Nagato, Ito und Atami. Die Sommerstation Hatonenafski, die 1923 bereits zerstört worden war, wurde von neuem dem Erdboden gleichgemacht.

Das Schicksal von 300 Arbeitern, die durch einen Erdsturz in einem Tunnel bei Atami eingeschlossen sind, gibt Anlaß zu Beunruhigung. Das Zentralobservatorium teilt mit, daß die Schwingungen des Hauptstoßes 30 Minuten dauerten.

291 Tote im japanischen Erdbebengebiet geborgen. Tokio, 27. Nov. Nach amtlichen Mitteilungen sind im Erdbebengebiet 291 Leichen geborgen worden. In Atami zerstörte das Erdbeben ein Kinderheim. 24 Kinder wurden getötet. Aus dem südlichen Teil der Insel Sachalin werden gleichfalls starke Erdstöße gemeldet.

Winterbeihilfen und Reichsaufträge vor den Haushaltsausschüssen

Der Haushaltsausschuß A beriet über einen kommunikativen Antrag, der von der Regierung die Bereitstellung von zehn Millionen Reichsmark für außerordentliche Winterhilfs- und Nothandelsmaßnahmen fordert und dafür den Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbänden die Verwendungsmittel im einzelnen vorschreibt. — Die Staatsregierung ließ erklären, daß sie völlig außerstande sei, die angeforderten Mittel, etwa 60 Millionen Reichsmark, auszubringen. Die Regierung habe im Etat 44 Millionen Reichsmark vorgezogen, die den Gemeinden für diese Zwecke zur Verfügung gestellt würden. In der Aussprache forderte der dem Nationalsozialistische Abgeordnete die den Antrag unterstützenden Sozialdemokraten und Nationalsozialisten auf, durch eine sofortige gemeinsame Regierungsbildung die Ehrlichkeit ihres Willens zur Durchführung des kommunikativen Antrages zu beweisen. Könnten sie das nicht, dann läge die Inverantwortlichkeit ihrer Handlungsweise klar zutage. Abg. Dr. Weber (Wp.) lehnte den Antrag ab und wünschte statt dessen die Durchführung



Die größte Gaserie Mitteldeutschlands in Betrieb.

Dieser Tage wurde die neue Großgaserie Mitteldeutschland in Magdeburg ihrer Benennung übergeben und gleichzeitig die Ferngasleitung von Magdeburg nach Dessau, Leipzig und dem Nordrand des Harzes in Betrieb genommen. Die neue Großgaserie ist bestimmt für die Ferngasversorgung Mitteldeutschlands von Magdeburg aus.

U. B. A. Blick auf die Kohlenbunker und Galometer.

einer Reichsnotstandsaktion für Sachsen. Abg. Claus (Dem.) wies darauf hin, daß die Durchführung des Antrages die gesamte staatliche Fürsorge gefährden müsse. Nachdem der Abg. Kunz (Nat.) die Bereitschaft seiner Partei zur Annahme des Antrages erklärt hatte, wurde der kommunikativen Antrag mit einigen sozialdemokratischen Änderungsanträgen mit den Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten angenommen. — Annahme fand auch ein wirtschaftsparteilicher Antrag, die Regierung aufzufordern, auf die Gemeinden und die Sächsischen Werke L. G. dahin zu wirken, daß die Gas- und Strompreise unverzüglich gesenkt werden, ebenso ein volksparteilicher Antrag auf Ausbau der Kinderheime, Einrichtung von Wärmelampen, Senkung der Gas- und Strompreise für Erwerbslose und Erlaß von aufgelaufenen Gaschulden.

Im Haushaltsausschuß B standen zwei Anträge zur Besprechung, deren Inhalt die Deffentlichkeit Sachsens seit langem beschäftigt, und zwar ein sozialdemokratischer Antrag, der für Sachsen die vorgegebene Quote der Reichsbahnaufträge fordert, und ein nationalsozialistischer Antrag, der die Aufträge in erster Linie dem Werk Werra zuzuwenden er sucht. In der Aussprache wurde betont, daß die Quoten sinngemäß im Staatsvertrag vom 4. Mai 1920 festgelegt seien. Der Rückgang der Aufträge an Sachsen könne mit der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage nicht erklärt werden. Durch die Entscheidung zugunsten Sachsens in der Frage der Zuerkennung eines Sitzes im Eisenbahnrat eröffne sich die Aussicht, durch stärkeren Einfluß und persönliche Führungnahme in Berlin die bisherige Benachteiligung Sachsens abzustellen. Der Ausschuß wandte sich gegen die Absicht, die Ausbesserungswerte in Dresden und Chemnitz einzuschränken. Der Regierungsvertreter führte aus, daß die Reichsbahn die Benachteiligung Sachsens bestritte. Es sei auch festzustellen, daß die Benachteiligung Sachsens bei der Post- und Heeresverwaltung größer sei als bei der Reichsbahn. Man war sich aber darüber einig, daß der Beirrat der Quoten im Staatsvertrag unklar abgefaßt sei. — In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen, ebenso ein volksparteilicher Antrag, der hinsichtlich der auf Sachsen entfallenden Quote eine klare Auslegung des Staatsvertrages fordert. Ein sozialdemokratischer Antrag, der eine Auslegung durch eine Feststellungslage erreichen will, wurde abgelehnt. Der nationalsozialistische Antrag auf eine Bevorzugung des Werkes in Werra wurde zurückgepfogen.

Merlei Neuigkeiten

Das vermißte italienische Verkehrsflugzeug gesunken? Nach einer vom „Petit Parisien“ veröffentlichten Agenturmeldung aus Toulon berichten drei von der Suche nach dem vermißten italienischen Verkehrsflugzeug in den Heilmathafen zurückgekehrte französische Torpedoboote, daß sie auf der Höhe von Port-Vendres auf der Oberfläche des Wassers einen großen Delfin bemerkt hätten, was die Annahme zulasse, daß das vermißte Flugzeug dort gesunken sei.

Ein Kind verbrannt. Das siebenjährige Töchterchen einer in einem Wohnwagen herumziehenden Händlerfamilie kam beim Spielen dem im Wageninnern aufgestellten, stark geheizten Ofen zu nahe. Die Kleider fingen Feuer, und das Kind mußte mit schweren Brandwunden in das Kreisstrahlenhaus Johannsburg gebracht werden, wo es nach kurzer Zeit unter entsetzlichen Qualen starb.

Schuß auf einen Personenzug. Auf den Personenzug Magdeburg—Berlin Nr. 353 zwischen den Stationen Reuditz und Biederitz wurde ein Schuß abgegeben, der ein Fenster des Zuges zertrümmerte. Verletzt wurde niemand. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Landbund und Reichsregierung

Magdeburg. Der Landbund Provinz Sachsen, Regierungsbezirk Magdeburg, veranstaltete im Landbundhaus eine große Versammlung, auf der Präsident Graf Kallert über die mit dem Reichskanzler stattgefundene Rücksprache berichtete: „Ich kann über die mehrtägige, sehr eingehende Aussprache mit dem Reichskanzler, bei der auch Minister Schiele zugegen war und unsere Darlegungen über den Ernst der Lage und die Notwendigkeit energischer und radikalen Handelns lebhaft unterstützte, nur das eine sagen. Ich erwarte, daß die Regierung nach vor dem Zusammentritt des Reichstages durch entsprechendes Handeln einen nicht unerheblichen Teil unserer Forderungen verwirklichen wird. Die Würdigung der von mir für die allernächsten Tag erwarteten Maßnahmen muß sich der Landbund selbstständig vorbehalten. Die Lage ist heute so ernst, daß wir mit Teilmaßnahmen uns nicht abgeben lassen können, sondern unter Einsatz der ganzen Kraft unserer Organisation eine Gesamtlösung des Agrarproblems erreichen müssen. Sollte sich wieder Erwarten das Kabinett in den nächsten Tagen nicht zu energischem Handeln entschließen, so wird daraus von uns die Konsequenz zu ziehen sein, daß der Versuch des Herrn Reichspräsidenten, durch Bildung eines parteiungebundenen Kabinetts die Landwirtschaftskrise zu lösen, als gescheitert zu betrachten ist.“

Der Saalkreis am Ende seiner Kraft

Halle. Die letzte Sitzung des Saalkreistags gestaltete sich zu einem höchst bedeutsamen politischen Ereignis. In lebhafter Einmütigkeit stellten alle Parteien, von den Bürgerlichen bis zu den Kommunisten, fest, daß die Lasten des Saalkreises die Grenze des Erträglichsten bereits überschritten haben und daß es nicht mehr möglich sei, die Mittel für die Soziallasten aufzubringen. Der gesamte Saalkreis verlangt daher von der Preussischen Regierung, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß die Young-Jahrlungen sofort eingestellt werden und Deutschland ein Notatorium gewährt werde.

Kündigung aller Magistratsangestellten

Wieserleben. Um die Angestelltengehälter neu zu regeln, also zu kürzen, hat der Magistrat Wieserleben beschlossen, sämtlichen städtischen Angestellten vorfristig zum 1. April 1931 zu kündigen.

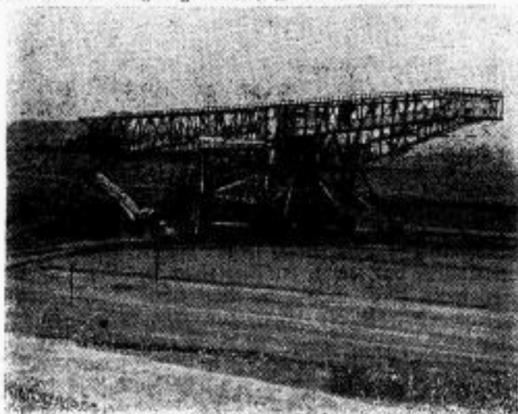
Die Brandkatastrophe im Wörlitzer Winkel

Dessau. Die furchtbare Brandkatastrophe, von der kürzlich der Wörlitzer Winkel heimgesucht wurde, hat bisher keine Aufklärung gefunden. Der Brandstifter hat trotz der ausgelegten Belohnung von 2000 RM nicht ermittelt werden können. Das von der Katastrophe betroffene Gebiet ist von der Staatsanwaltschaft nunmehr freigegeben, so daß die Abräumungs- und Wiederaufbauarbeiten in Angriff genommen werden können. Am Jahresbericht der Anhaltischen Landes-

brandstiftung wird festgestellt, daß im Wörlitzer Winkel im letzten Jahre 597,7 Prozent der von den Hausbesitzern an die Landesbrandkasse gezahlten Beiträge als Brandschaden ausgezahlt wurden. In den meisten Fällen habe es sich um Brandstiftung gehandelt.

Das Unglück bei Lauchhammer

Lauchhammer. Zu dem schweren Einsturzungsunfall in Klein-Beipisch erfahren wir noch folgendes: Abgestürzt ist eine etwa zwanzig Meter lange Zubringerbrücke, die neben der baggerseitigen Stütze der großen Abraumförderbrücke von einem anderen Bagger ausgebaut worden war und die auf der unteren Bandstraße der großen Brücke auflagerte. Diese Zuführerbrücke, die eine Länge von etwa zwanzig Meter besaß, stürzte 15 bis 20 Meter in die Tiefe, anscheinend infolge Bruchs eines Trägers, der wiederum durch das Rollen eines Rollenträgers an der baggerseitigen Stütze der großen Brücke hervorgerufen zu sein scheint. Die große Brücke hatte sich infolgedessen ruckartig um etwa 25 Zentimeter verlegt. — Die genaue Untersuchung des Unglücks war Gegenstand eingehender Ermittlungen. Die Belegkassette die während des Unglücks in der Grube beschäftigt war, wurde eingehend vernommen, ebenso die Sachverständigen gehört. Am Mittwochnachmittag gaben die untersuchenden Stellen eine amtliche Erklärung heraus, in der mitgeteilt wird, daß bisher trotz genauer Prüfung die Ursache des Unglücks noch nicht festgestellt werden konnte. Eine einwandfreie Klärung der Frage, auf welche Umstände das Unglück zurückzuführen ist, könne erst nach eingehender Untersuchung der Sachverständigen erfolgen. Nachdem die Staatsanwaltschaft die Leichen der lieben Verunglückten freigegeben hat, findet am Donnerstagsvormittag im Mondgasthof in Lauchhammer eine Trauerfeier statt; anschließend erfolgt die Ueberführung in die Heimaterde. — Das Unglücksfeld ist abgesperrt. Eine Mass-Regierung beabsichtigt das Gelände.



Die Einsturzungsatastrophe bei den Lauchhammerwerken. In Klein-Beipisch sind bei der Montage einer Förderbrücke durch Absturz des untersten Zubringer-Baggers neun Monteure tödlich verunglückt, 16 andere wurden schwer verletzt.

Gerichtssaal

Zengenvernehmung im Ziegler-Prozess

In der Mittwochsverhandlung wird der Angeklagte über seine angeblichen Neußerungen gegenüber Kollegen über die Verteilung der Spitzgelder befragt. Ziegler macht keine näheren Angaben und beruft sich auf seine früheren Aussagen. — Als erster Zeuge wird Amtsgerichtsrat Bieber-Burg der im Schmied-Prozess als zweiter Richter fungierte, vernommen. Er sagt aus, daß Ziegler damals bestritten habe bei Schmied zwecks Untersuchung wegen des Verdachts des Schwarzschlachsens gewesen zu sein. Ueber die Spitzgelderfrage kann der Zeuge nichts auslegen. Er habe auch nicht auf Schmied eingewirkt. Die von Schmied gegebene Darstellung sei nicht richtig. Der zweite Zeuge, Staatsanwaltschaftsrat Dohmann-Ragdeburg, erklärt, daß die fraglichen Dinge schon sechs Jahre zurückliegen, er keinem Gedächtnis nicht zuviel zumuten wolle. Er habe seinerzeit an ein Lebensmittelschiebung geglaubt und erst später erkannt, daß es sich um eine Schiebung mit Wolle handelte. Der Zeuge gibt dann eine ausführliche Darstellung des Verlaufes der damaligen Prozesse, in denen er als Vertreter der Staatsanwaltschaft mitwirkte.

Eine uneinnehmbare Festung

Der Verlauf der Abrüstungsverhandlungen in Genf zeigt immer deutlicher, daß sich der allgemeinen Abrüstung sowohl in den jetzt verlaufenden Verhandlungen als auch auf der zu erwartenden allgemeinen Abrüstungskonferenz von immer derselben Seite neue Schwierigkeiten in den Weg stellen, die ein positives Ergebnis dieser Abrüstungsbestimmungen aller friedliebenden Staaten kaum erwarten lassen. Frankreich hat es verstanden, mit seiner „Sicherheits-These“ und seiner über die ganze Welt reichenden politischen Propaganda eine Vernebelung der Geister zu erzielen, der selbst der einst abrüstungswillige englische Lord Cecil zum Opfer gefallen ist. Wie weit diese Vernebelung der öffentlichen Meinung — oder der Einsicht der französischen Geheimdiplomatie — vorwärtsgeschritten ist, beweist ein Leitartikel des Londoner Arbeiterblattes „Daily Herald“, das als Sprachrohr nicht nur der Arbeiterpartei, sondern der Arbeiterregierung Englands angesprochen werden muß. Dieses Arbeiterblatt stellt mit Befriedigung fest, daß Lord Cecil das Maximum dessen erreicht habe, was gegenwärtig möglich sei. Zwar ist es wahr, daß gegen das kontinentale System der Wehrpflicht nichts erreicht ist. Das ist aber eben eine uneinnehmbare Festung.

In seiner Antwort an Briand und Tardieu hat der deutsche Außenminister Dr. Curtius vor acht Tagen die verschiedenen vertraglichen Bestimmungen über die allgemeine Abrüstung dahin zusammengefaßt, daß, nachdem Deutschland die Voraussetzungen erfüllt hat, die vertraglich festgelegte Folge, nämlich die allgemeine Abrüstung, eintreten muß. Er hat weiter festgestellt, daß es sich hierbei gar nicht allein um rechtmäßige Forderungen

Deutschlands, sondern um eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes handelt. Er hat schließlich die deutschen Forderungen eindeutig dahin zusammengefaßt, daß Deutschland Anspruch auf eine Abrüstung habe, die gleiche Sicherheit für alle bringt. Der in der Abrüstungsfrage wiederholt sehr energisch aufgetretene ungarische Außenminister Graf Apponyi hat im Zusammenhang mit dem Berliner Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen erklärt, daß die Abrüstungsfrage spruchreif und die Herstellung vollständiger Solidarität der besiegten Staaten auch in der Abrüstungsfrage das ist, was vor allem aus der Berliner Reise des ungarischen Ministerpräsidenten hervorgehen soll. Er hat weiter hervorgehoben, daß das Zusammengehen Deutschlands mit Ungarn eine neue Etappe auf dem aufwärtsleitenden Wege der Konsolidation eröffne, die Europa so nötig habe. Und schließlich befaßt sich der „Popolo d'Italia“ mit der politischen Bedeutung der jüngsten Vorgänge in Europa im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage. Er geht dabei von der Ministerbesprechung zwischen Grandi und Litwinow in Mailand aus, weist den Besuch des Grafen Bethlen in Berlin hervor und hebt auf den bevorstehenden Besuch des türkischen Außenministers in Rom hin, um festzustellen, „daß die guten Beziehungen zwischen den drei Großmächten Italien, Deutschland und Sowjetrußland und der türkisch-griechisch-bulgarisch-madjarischen Gruppe in einigen Kreisen den Eindruck erweckt haben, daß in Europa, und zwar um Italien herum, etwas Neues im Werden sei. Die 300 Millionen Menschen dieser Gruppe von sieben Mächten gäben Uebelwollenden manches zu denken.“ Man wird sich hüten müssen, in diesen verschiedenen Bemerkungen mehr zu sehen als die Gesichtspunkte einer Interessengemeinschaft. Wenn aber das englische Arbeiterblatt von einer „uneinnehmbaren Festung“ in bezug auf die Abrüstungen europäischer Großmächte spricht, dann darf man wohl, und zwar im Sinne der Ausführungen von Dr. Curtius in der erwähnten Reichsrats-Sitzung, feststellen, daß Deutschland in der Vertretung der internationalen Politik stets auf der Seite derjenigen zu finden sein wird, die sich für Gleichberechtigung und fortschrittliche Gestaltung der Dinge einsetzen. Auch Tardieu und mit ihm Lord Cecil und der „Daily Herald“ werden an der Lausade nicht vorübergehen können, daß die Staaten, deren Vertreter sich in Genf für den deutschen Antrag auf direkte Herabsetzung des Lagernden und im Dienst befindlichen Kriegsmaterials ausgesprochen haben, eine Bevölkerung von 108 Millionen hinter sich haben, während die Anhänger der französischen These nur rund 141 Millionen auf sich vereinen. In diesen 141 Millionen ist England nicht eingegriffen, weil sich kein Vertreter, eben Lord Cecil, bei der Abstimmung vielsagend der Stimme enthielt.

Es war zweifellos nicht recht überlegt, als das englische Arbeiterblatt von der „uneinnehmbaren Festung“ der Abrüstung sprach. Es mag sein, daß ihm die Zahlen über die tatsächliche Rüstung in Europa einiges Unbehagen eingeflößt haben. Frankreich mit seinen militärischen Bajonetten, Tschechoslowakei und Belgien verfügen zusammen über einen Mannschafbestand in Friedensstärke von über 1 Million mit einer Friedenswaffenarsenal von über 50 000 Maschinengewehren — das sind 28mal soviel wie Deutschland —, über rund 3000 Feldgeschütze — 10mal soviel wie Deutschland —, über etwa 2000 Schweregeschütze, 3000 Flugzeugen und rund 3000 Lantz — drei Waffen, die das deutsche Heer überhaupt nicht führen darf. Diese Zahlen steigen im Mobilmachungsfalle ins Ungeheuerliche, wo Frankreich 4,5, Polen 3,5 und die Tschechoslowakei 2 Millionen Mann ausrüsten und aufstellen können. Es würden also 10 Millionen Menschen gegen 100 000 Deutsche stehen. Von diesem Gesichtspunkt aus allerdings muß von einer uneinnehmbaren Festung gesprochen werden. War es aber die Aufgabe gerade eines Arbeiterblattes, die Uneinnehmbarkeit dieser Festung festzustellen, um Englands Umfall in der Abrüstungsfrage damit begründen zu wollen?

Deutsche Grönlandexpedition verschollen

Eine Katastrophe im Grönlandeis?

Seit fast zwei Monaten fehlt jede Nachricht von den Teilnehmern der großen deutschen Expedition, die seit Frühjahr dieses Jahres auf dem grönländischen Inlandeise mit wissenschaftlichen Forschungen beschäftigt ist. Die Expedition hatte auf der Mitte der grönländischen Eisstappe in 3000 Metern Höhe 400 Kilometer von dem Ost- und Westrande entfernt, eine Beobachtungsstation errichtet, in der der hamburiger Meteorologe Dr. Georgi seit Monaten mit meteorologischen Messungen beschäftigt ist. Um diese Station für den Winter mit Proviant zu versorgen, war der Leiter der Expedition, Prof. Wegener, mit Dr. Loewe, 13 Grönländern und einer entsprechenden Zahl Hundetransportschiffen Ende September aufgebrochen. Am 2. Oktober telegraphierte Wegener:

„Auf der vierten Hundeschlittenreise zur Zentralstation mitten im Inlandeise trat plötzlich ein Wettersturz ein, der enorme Kälte brachte. Von unseren Grönländern wollten daher neun nicht mehr weiter und kehrten zurück. Dr. Loewe und ich sind mit vier Grönländern weitergegangen.“

Dieses Telegramm, das von den zurückkehrenden Grönländern aufgegeben worden ist, ist die letzte Nachricht von Wegener. Während bis dahin etwa 14tägige Radiotelegramme über den Stand der Arbeiten der Expedition oder wichtige Ereignisse Kunde geben, ist seitdem keine weitere Meldung eingetroffen. In Kreisen, die die schwierigen klimatischen Verhältnisse Grönlands kennen, erwartet man deshalb mit wachsender Besorgnis aufklärende Nachrichten. Auf Befragen nach seiner Meinung über das Schicksal der Expedition erklärte ein bekannter meteorologischer Sachverständiger: Man kann zwar, da es in Grönland noch keine meteorologische Station gibt, nichts Direktes über die Wetterlage auf dem Inlandeise ermitteln, indirekt läßt sich aber schließen, daß dort in den letzten Wochen ein erheblicher Wettersturz eingetreten ist. Wenn man bedenkt, daß die Schneefälle in Mittel- und Nordeuropa durch einen Kaltluftstrom verursacht wurden, der auf direkte Weg von Grönland kommt und wenn man in Betracht

zieht, daß dieser Kaltluftstrom Hunderte von Kilometern über die warmen Gewässer des Nordatlantik und des Golfstroms hingestrichen ist, wobei er naturgemäß erwärmt wurde, kann man sich vorstellen, wie kalt diese Luft an ihrem Entstehungsort auf dem Inlandeise gewesen ist.

Nach Meldungen von der Ostküste Grönlands wurden dort in Meereshöhe Temperaturen von 20 Grad unter Null festgestellt. Wenn man eine Abkühlung von auch nur 1 Grad für 100 Meter Höhe nimmt, so kommt man für die Höhe des mittleren Inlandeises auf eine Kälte von mindestens minus 50 Grad, wahrscheinlich liegt sie aber noch darunter.

Wenn natürlich auch die Möglichkeit besteht, daß das Fehlen von Telegrammen auf Störung des Senders der Expedition zurückzuführen ist, und daß gleichzeitig eine Motorbootverbindung zwischen Kamarsuj, der Operationsbasis der Expedition, zur nächsten dänischen Senderstation durch ungünstiges Wetter unmöglich wurde, so liegt immerhin die Befürchtung nahe, daß die Führergruppe verschollen ist. Allerdings ist Professor Wegener einer der erfahrensten und erfolgreichsten Grönlandforscher der Welt, aber als ungünstiges Moment kommt hinzu, daß kein Mensch aus eigener Erfahrung die Winterverhältnisse auf dem Inlandeise kennt, daß also Wegener einen Vorstoß in völlig unbekanntes Gebiet unternommen hat.

Auch die Ostgruppe hat keine Verbindung mehr mit den übrigen Teilen der Expedition, wie folgendes Telegramm an die Rotgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft beweist: „Station Røche Nordostküste des Scoresbyfjords in vollem Betrieb. Haben Verbindung mit Rundfunksendern und vielen Kurzwellensendern und hören Rundfunkprogramme brillant. Mit West- und Zentralgruppe jedoch keine Verbindung. Auch die dänische Funkstation Scoresbyfjord hat mit uns drahtlose Verbindung, jedoch nicht mit den anderen Gruppen der Expedition.“

Der Grönlandforscher Laure Koch meint, daß zur Beruhigung noch kein Anlaß vorliege. Die Kälte könne sehr wohl die Motoren lahmgelegt haben, die die Radiosender bedienen. Man sei durch das Radio in der schnellen Uebermittlung von Meldungen so verwöhnt worden, daß man allzuleicht ängstlich werde. Zu einer ähnlichen Auffassung kommt der Direktor der grönländischen Administration Daugaard-Jensen, der erklärte, die letzten Worte des Telegramms Wegeners deuteten darauf hin, daß der Radiosender nicht funktioniere. Es sei daher kein Grund vorhanden, das Schlimmste zu glauben. Wegener kenne die Verhältnisse und sei ein außerordentlich ruhiger und besonnener Mann, der wisse, was er tue.

Bereitet Freude!

In wenigen Tagen wird in vielen Gegenden der deutschen Heimat der Adventsfranz den ersten weihnachtlichen Glanz verbreiten. Der erste Tannenduft erfüllt die Wohnungen und leise zieht auch Weihnachtsstimmung in die Herzen der Menschen ein. Noch sind es immerhin vier Wochen bis das schönste aller Feste für Alt und Jung eingeleitet wird. Erst eine Kerze wird entzündet, um zu mahnen, alles vorzubereiten, damit die Freude am Heiligabend nicht gestört wird durch unvollendete und nicht rechtzeitig eingetroffene Geschenke.

Es beginnt nun jenes heimliche Rasten für Weihnachten, das trotz aller wirtschaftlichen Not auch diesmal jensei der Freude aufkommen läßt, die manchmal noch köstlicher ist als die Feiertagsfreude selbst. Bei diesem Rasten für die eigenen Angehörigen soll man aber nicht vergessen, jenen zu denken, denen die Ungunst der Verhältnisse es nicht gestatten wird, Weihnachten in dem Sinne zu feiern, wie wir es alle gewöhnt sind. Es werden Tausende und Aber-tausende von Familien auch diesmal wieder kein Weihnachten haben. Für sie gibt es keinen Gabentisch, keinen Kerzenglanz. Wir denken dabei nicht an die, die uns das Weihnachtsfest wie überhaupt unsere kirchlichen Feste, unseren christlichen Glauben freitrig machen wollen. Wir denken an die, die gern mit uns feiern, die aber kaum wissen, womit sie sich sättigen sollen. Und wenn wir jetzt auf den Straßen und in den Bahnen die Leute sehen, die sich in warmen Kleidern, sogar in Pelze hüllen, dann möchten wir glauben, daß für sie und für alle, die noch eine Existenz, einen Beruf, die noch Arbeit haben, doppelt die Pflicht erwächst, einmal daheim in den Schränken und Truhen nachzusehen, was von den abgelegten Sachen noch brauchbar erscheint, um es jenen armen Leuten zu geben, damit sie sich jetzt in der rauhen Winterkälte wenigstens ein wenig wärmen können.

Gewiß, es ist ein Ende mag oft die schreiende Not nicht hervortreten, wie es in den Städten der Fall ist. Ein Stückchen Brot fällt überall ab, aber gerade mit der Kleidung ist es schlecht bestellt. Da sollte jeder einzelne sich selbst prüfen, und alles zusammensuchen, was den Ärmsten zugute kommen könnte. Man soll da nicht kleinlich sein; gerade diese Ueberprüfung der Borräte sollte mit zu den weihnachtlichen Vorbereitungen gehören. Es ist ja doch nun einmal so, daß um der Freude willen zu Weihnachten manche Ausgabe gemacht wird, die sonst in Wegfall käme. Nach diesem Grundsatze sollte man auch verfahren, wenn man jetzt in den kommenden Adventszeit Risten und Kisten, Schränke und Truhen gründlich einmal darauf nachsieht, was den Armen Freude bereiten und die Not etwas dämpfen könnte. Bei so Prüfung hält, wird viel Freude bereiten und sich damit sein Weihnachten besonders feierlich gestalten.

Mit gutem Willen...

Sieben wird aus Kassel berichtet, daß dort 400 Lebensmittelgeschäfte Preisentlastungen für Kolonialwaren, Feinstoff und Lebensmittel durchgeführt und die jetzigen Preise denen vom Juli 1929 in ihren Schaufenstern gegenübergestellt haben. Eine Zeitung verah diese Meldung mit der Ueberschrift „Zur Nachahmung empfohlen“. Das Vorgehen der Kasseler Lebensmittelgeschäfte ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil es sich hier um eine freiwillige Maßnahme handelt, die den guten Willen zeigt, der allgemeinen Wirtschaftslage und den allgemeinen Erwartungen des taufenden Publikums gerecht zu werden.

Wir wären in Deutschland mit der allgemeinen Preislenkung schon wesentlich weiter, wenn alle in Frage kommenden Faktoren sich ähnlich verhielten, wie die Kasseler Lebensmittelgeschäfte. Schließlich ist es doch begreiflich, daß eine gewisse Berührung zwischen Käufer und Kleinhändler aufkommt, wenn der Eindruck besteht, der Handel lasse sich den Preisabbau erst nach langem Widerstand bröckchenweise abhandeln. Der Kleinhändler wird mit Recht darauf hinweisen, daß ja nicht er einen Preisabbau vornehmen kann, wenn nicht der Großhandel vorangeht, der Großhandel wird wieder auf den Produzenten die Schuld schieben. Damit kommen wir nicht weiter. Die Regierung hat durch Gesetz vorgegeben, daß die Gehälter der Beamten und Angestellten abgebaut werden; durch eine Reihe von Schiedsprüchen sind die Löhne tarifmäßig herabgesetzt worden. Die von diesen Realeinkommenbeschränkungen betroffenen deutschen Volksteile haben nicht die Möglichkeit, zu erklären, daß sie erst dann auf einen Teil ihres bisherigen Einkommens verzichten können, wenn ein anderer vorangeht. Was von den Beamten, Angestellten und Arbeitern gefällig bestimmt wird, dem sollten sich alle in Frage kommenden Kreise der Wirtschaft, im Großen wie Kleinen, nicht entziehen.

Guter Wille und bessere Einsicht sollten hier alte Gewohnheiten und die selbstgewählten Grenzen des „Existenzminimums“ überwinden. Wenn alle einsichtig wären, dann würde Lohn- und Gehaltslenkung ebenso wie die Preislenkung für keinen ein Opfer bedeuten, es würde vielmehr ein Preisstand geschaffen, der zwar das Einkommen des einzelnen zahlungsmäßig verringert, seine Kaufkraft aber um die gleiche Höhe hebert. Was dem einen recht ist, sollte bei einer Bezahl- und Schicksalsgemeinschaft dem andern billig sein. Das erfordert die jegliche Nozzeit zwingend und die Forderung wird keine Last, wenn man sich guten Willens ihr unterwirft.

Volkshilfsbibliothek Dippoldiswalde
geöffnet Montags, Mittwochs, Freitags von 7 bis 8 Uhr.

Sächsisches.

Dresden. Am 7. September fand in Klipphausen bei Wilsdruff Erntedankfest statt, welchem auch der 22-jährige Melker Willy Schuppan mit seinem 16-jährigen Freunde Urban in Schönes Gasthof bewohnte. Schuppan will beim Tanzen mehrfach von dem Melker Alfred Plachta angezempelt worden sein und verbat sich das. Plachta kam nach dem Tanze zu Schuppan an den Tisch und beschimpfte ihn. Dann schlug er ihn mehrfach mit der Faust ins Gesicht. Schuppan lief vor das Haus, wo die Schlägerei ihren Fortgang nahm. Es bildeten sich 2 Gruppen um die Kämpfenden. Urban gab nun dem Schuppan sein scharfes Messer, das dieser einsteckte. Der Wirt empfahl Plachta dazubleiben. Dieser ließ sich aber nicht halten. Im Hofe ging der Streit weiter. Schuppan zog das Messer und will versucht haben, Plachta durch einen Schenkelschlag kampfunfähig zu machen, traf ihn aber so unglücklich, daß Plachta binnen weniger Minuten starb. Schuppan versteckte nunmehr das Messer und begab sich zum Tanze in den Saal zurück, um den Verdacht von sich abzulenken. Am nächsten Tage wurde er verhaftet. Er leugnete zuerst seine Tat, gestand aber dann. Er mußte jetzt wegen Totschlags vor dem Dresdner Schwurgericht erscheinen. Der Angeklagte machte seine Ausführungen mit weinerlicher Stimme und brach bei Erwähnung des Todes seines Gegners in lautes Weinen aus. Durch die Zeugen, darunter die Braut des Getöteten, gilt als festgestellt, daß Plachta zu Gewalttätigkeiten neigte. Der Staatsanwalt plädierte auf 3 Jahre Gefängnis. Der Getötete habe den Angeklagten in unglaublich rabiaten Weise mißhandelt und das Gefühl der Rache in ihm aufgestachelt. Das lasse die Tat in milderem Lichte erscheinen und eine Zuchthausstrafe komme deshalb nicht in Frage. Das Schwurgericht verurteilte Schuppan wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu einem Jahr und 6 Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft wird voll angerechnet. In der Urteilsbegründung heißt es, daß das Schwurgericht weitgehende Milde habe walten lassen, da der Getötete, Plachta, die Ursache zu dem blutigen Zusammenstoß gegeben habe.

Dresden. Am 3. Dezember 1929 meldete die Gewerbebank in Großenhain Konkurs an und es wurde ein Defizit von 300 000 M. festgestellt. Im Anschluß an den Zusammenbruch fanden bereits mehrere Strafprozesse statt, die mit Verurteilung der Schuldigen endeten. Wegen Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz mußte sich jetzt der Direktor der Bank, Herrmann Markus, 1864 in Großenhain geboren, der 1923 mit einem gewissen Leistner zusammen die Bank gründete und leitete, vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden verantworten. Die Anklage legte ihm zur Last, als Bankvorstand absichtlich zu deren Nachteil gehandelt und in den Jahren 1927/29 übermäßig hohe Kredite gewährt zu haben, wodurch der Vermögensfall herbeigeführt wurde. Es ist eine Summe von zirka 400 000 M. errechnet worden, um welche die Bank geschädigt wurde. Der Angeklagte, der zuerst 5400 M. Gehalt als Leiter, später das Doppelte und ein Monatsgehalt als Lantime erhielt, gab an, daß er sich nicht schuldig fühle, er habe die Interessen der Bank nach bestem Wissen und Können vertreten. Zur Klärung des Sachverhalts waren 9 Zeugen geladen, zumelst Aufsichtsratsmitglieder und ein Sachverständiger. Der Angeklagte wurde zu 4 Monaten Gefängnis und zu 600 M. Geldstrafe verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde mit 50 Tagen angerechnet.

Mußdenberg. Die überaus starken Niederschläge der letzten Tage haben die Müßdenberger Talsperre auf einen sehr hohen Wasserstand gebracht. Am 25. November maß man 5 540 000 Kubikmeter. Bei starkem Wellengang tritt das Wasser über die Sperrmauer. Bis zur völligen Füllung der Talsperre sind nur noch 60 000 Kubikmeter Wasser nötig.

Chemnitz. Beim Rückwärtsstoßen eines Lastkraftwagens wurde auf dem Grundstück des Allgemeinen Konsumvereins in der Südvorstadt ein 57-jähriger Beifahrer, der noch im letzten Augenblick eine auf der Fahrbahn liegende alte Blechbüchse hatte aufheben wollen, mit dem Kopf gegen die Laderampe gedrückt. Der Verunglückte erlitt schwere Schädelverletzungen und mußte ins Stadtkrankenhaus gebracht werden, wo man an seinem Aufkommen zweifelt.

Zwickau. Im September d. J. hatte sich eine Reihe Glauchauer Kommunisten wegen des Ueberfalles auf National-Sozialisten in Glauchau-Reinholdshain vor dem Gemeinsamen Schöffengericht in Zwickau zu verantworten. Wegen des Urteils, das nach achttägiger Verhandlung gefällt worden war, hatten sowohl die Staatsanwaltschaft als auch zwei Verurteilte Berufung eingelegt, über die nunmehr vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Zwickau verhandelt wurde. Die Verhandlung konnte erst mit fünfständiger Verspätung eröffnet werden, da der Hauptangeklagte, der Kommunist Ruckdäschel fehlte und mit Polizeigewalt geholt werden mußte. Bei der Vernehmung Ruckdäschels kam es zu kommunistischen Radausfähen. Am Schluß des 1. Verhandlungstages erklärte Ruckdäschel, er und seine Genossen würden nur anderntags wiederkommen, wenn man ihnen sofort genug Zehrgeld herausricke. Das Gericht lehnte dies ab. Tatsächlich blieben die Kommunisten an den folgenden Verhandlungstagen dem Gericht fern. Nach dreitägiger Verhandlung wurde das Urteil gefällt, das über 45 Monate höhere Gefängnisstrafen auswarf als das erstinstanzliche. Ruckdäschel erhielt ein Jahr sieben Monate Gefängnis. Die übrigen Strafen wurden erhöht auf zwei bis neun Monate. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Barth, führte in der Urteilsbegründung aus, die Angeklagten hätten durch ihre Wegelagerer und durch den sich daraus entspinnenden Raushandel indirekt ein Menschenleben auf dem Gewissen. (Der Arbeiter Gerschlager war im Handgemenge erdolcht worden.) Die überfallenen National-Sozialisten hätten in berechtigter Notwehr gehandelt.

Zittau. Ein großer Häuserblock mit dem künftigen Postamt Zittau III ist jetzt im Rohbau fertiggestellt worden. Das Mittelfstück dieses Fünfhäuserblocks bildet in seiner Bauform zusammen mit dem im vorigen Jahre vollendeten Gebäude der gegenüberliegenden Apotheke eine Art Eingangstor zur Südvorstadt, eine in städtebaulicher Beziehung bemerkenswerte Neuerung. Das neue Zweigpostamt soll in erster Linie dem direkten Verkehr der durch starken Wohnungsbau erheblich vermehrten Anwohnerschaft der Ortsteile Großporitzsch und Südvorstadt dienen.

Letzte Nachrichten.

Bericht an den Völkerbund über das Grubenunglück von Maybach.

Genf, 26. Nov. Der Präsident der Saar-Regierung, Wilson, hat durch die Vermittlung des Sekretariats des Völkerbundes sämtlichen Ratsmächten einen eingehenden Bericht über das Grubenunglück von Maybach übermittelt,

Gasthof Berreuth

Morgen Freitag, 28. November



Schlachtfest

wozu freundlichst einladen Bruno Pefchel und Frau

Gasthof Edle Krone

Zu unserem am Sonntag, 30. November, stattfindenden



Brauwurst - Schmaus

laden wir ergebenst ein Johann Martin und Frau

Leistungsfähiger, rühriger, gut eingeführter

Vertreter

für den Vertrieb von

Auto- und Maschinenölen

von bedeutender Leistung gesucht. Angebote u. „E. K. 1797“ an Alfa Haasenstein & Vogler, Chemnitz, erbeten



Der weitblickende
Geschäftsmann
beginnt schon jetzt
mit seiner
Weihnachtsreklame!



Am Freitag, dem 28. 11.,
treffen wir wieder mit feilich.
Transporten
Österrischem und Öst-
preussisch-holländischer
Zucht- und Milchvieh
hochtragend, frischgekalbte
Kühe, hochtragende Kühen
sowie Zuchtbullen von 3 bis
9 Monaten bei uns ein.
Viele Stellen stellen wir sofort
preiswert zum Verkauf.
Schlachtochsen wird in Zahlung
genommen.

Emil Kästner & Co.
Hainsberg, Raf Freitag 206

in dem eingehend der Hergang der Katastrophe dargelegt wird. Der Mitteilung des Präsidenten der Saar-Regierung ist ein Bericht technischer Sachverständiger über die vermutliche Ursache des Unglücks in Maybach beigelegt.

Die Erregung in Oberschlesien.

Der Gleiwitzer Polizeipräsident mahnt zur Ruhe.

Gleiwitz, 27. Nov. Angesichts der Empörung der Bevölkerung über die polnischen Ausschreitungen in Ostoberschlesien hat der Polizeipräsident in Gleiwitz unter dem 26. November einen Aufruf an die Bevölkerung des ober-schlesischen Industriegebietes erlassen, in dem er dringend bittet, sich auf keinen Fall zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten gegen die polnisch gesinnte Bevölkerung oder gegen polnische Staatsangehörige hinreißen zu lassen, da jede derartige Handlung den Erfolg der von der Regierung zu unternehmenden Schritte auf das schwerste gefährde und vor allem unsere Volksgenossen jenseits der Grenze immer wieder auf das schwerste in Gefahr bringe. Zum Schluß des Aufrufes heißt es: „Bei allem Verständnis für die Erbitterung, welche alle Kreise der Bevölkerung erfüllt, halte ich mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß ich für die Sicherheit des ober-schlesischen Industriegebietes verantwortlich bin und daß die mir unterstellten Polizeibeamten die Pflicht haben, gegen jede Ruhestörung auf das allerschärfste vorzugehen.“

Abgeordneter v. Kardorff schwer erkrankt.

Berlin, 27. Nov. Der Reichstagsabgeordnete v. Kardorff ist nach einer Meldung Berliner Blätter am Mittwoch sehr schwer erkrankt und noch in der vergangenen Nacht im Westklinikum operiert worden. Wie verlautet, soll es sich um eine plötzliche Darmverfälschung handeln.

Folgeschwere Jugentgleisung in Mittelitalien.

Mailand, 26. Nov. Ein Zug der elektrischen Ueberlandlinie in der Provinz Ancona entgleiste in einer Kurve. Er durchbrach eine Mauer und stürzte aus 10 Meter Höhe auf ein Gebäude. 7 Personen wurden getötet und 11 verwundet.

Do. X wegen schlechter Wetternachrichten aus Vigo in Coruna geblieben.

Lissabon, 26. Nov. Nach soeben eingetroffener Nachricht aus Coruna hat Do. X im Augenblick des Abfluges einen ungünstigen Wetterbericht aus Vigo erhalten und daraufhin in letzter Minute den Flug nach Lissabon für Mittwoch aufgegeben.

Handel und Börse

Dresdner Börse vom 26. November. An der heutigen Börse genügte keines Angebot, um die Kurse zu drücken. Den größten Verlust hatten Zwickauer Kammerz, die 14 Prozent nachließen. Strohstoff verloren 8,5 Prozent. Bittersdorfer Ails 3. Elektrisch Bahnanlagen 3,5 und Plauener Gardinen 4 Prozent. Auch Anlagewerte neigten weiter zur Schwäche. Jungankertse gab um 1,25 Prozent nach.

Hauptmann a. D. Gottfried Gilbert

Irmgard Gilbert geb. Elb

geben ihre Vermählung bekannt

27. November 1930

Pfarrhaus Seifersdorf bei Dippoldiswalde

Zu unserem Freitag, den 28. November, stattfindenden

Letzten Schlachtfest im Windischhaus

laden wir ergebenst ein.

E. Luz und Frau

Telegramm!

Die Original-Oskar-Jungbühnel-Sänger kommen!

Sonntag, am 30. November

Gasthof Ruppendorf

Vertreter

gesucht für Verkaufschloper, W.P., für Haushaltungen, Restaurationen, Pensionen, Bäckereien usw. Offerten u. W. 44 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Heute
frisches Hammelfleisch**
empfiehlt
Kurt Schreiber

Sonderangebot!
Fadenlose Schnittbohnen, Alldose 65 Pf., gemischtes Gemüse, (sehr schön ausfallend), Alldose 85 Pf., Salzheringe (Schotten), 10 Stück 75 Pf., empfiehlt
Bruno Hamann

Utilitenkarten C. Jehne

Ein praktisches Weihnachtsgeschenk ist



ein Zimmer mit
Linoleum

ausgelegt!

Linoleum, einfarbig u. gemauert
Linoleum-Teppiche
Linoleum-Läufer
Siragula, der billige Fußbodenbelag, Muster und Kostenanschläge unentgeltlich.

Carl Ritzsche

Memmelfister.

Garantiert nicht teurer als in der Großstadt!

Kurze Notizen

Der Reichspräsident von Hindenburg hat, wie von maßgebender Stelle erklärt wird, als Ehrenmitglied des Stahlhelms wegen des Verhaltens der Abordnung des Stahlhelms in Rom, dem Stahlhelm sein Mißfallen aussprechen lassen.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen betrug am 17. November 2 285 987, was gegenüber der Vorwoche eine Zunahme von 24 210 darstellt.

Im tschechischen Außenministerium wurden die Ratifikationsurkunden des Zusatzabkommens zu den Freundschaftsverträgen zwischen den Staaten der Kleinen Entente, die am 27. Juni in Strabro Pleso unterzeichnet wurden, ausgetauscht. Das Zusatzabkommen tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft und wurde im Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf registriert.

Die Ermordung des Bischofs Soggiu in China wird bestätigt. Seitens Italiens wurde eine Protestnote an die chinesische Regierung gefandt.

Noch kein Moratoriumsgeheul

Berlin, 27. November.

Zu einer Meldung der „New York Times“, wonach sich die Annahme erhalte, daß Deutschland in der ersten Hälfte des Jahres 1931 ein Moratorium nachsuchen werde und diese Absicht von dem Außenminister Dr. Curtius den Botschaftern der auswärtigen Staaten mitgeteilt worden sei, wird von unterrichteter Stelle erklärt, daß das Gerücht, eine solche Mitteilung sei zwischen dem 6. und 10. November erfolgt, über Grundlose entbehrt.

Schacht über keine Amerika-Reise

New York, 26. November

Kurz vor seiner Abreise mit dem Lloyd-Dampfer „Columbus“ äußerte sich Dr. Schacht dem Vertreter des W.T.B. gegenüber sehr befriedigt über seine Amerika-Reise. Er sei überall auf das freundlichste aufgenommen worden und habe feststellen können, daß das Interesse für internationale Fragen nicht nur im Osten, sondern auch im Westen der Vereinigten Staaten außerordentlich lebhaft sei. Neben dem Reparationsproblem erweckten besonderes Interesse folgende Fragen: Panoeuropa, Kolonialwirtschaft, die deutsche Währungsprobleme und die Verhältnisse auf dem internationalen Geldmarkt.

Zu der Rede Dr. Schachts vor dem Oekonomischen Klub wird noch berichtet: Besonderen Eindruck machte Dr. Schachts Befürwortung einer Rückgabe der deutschen Kolonien, sowie seine Bemerkung, als Volkswirtschaftler und Geschäftsmann erscheine es ihm geradezu absurd, daß, nachdem die Kriegführenden rund 880 Milliarden Mark im Kriege verpulvert hätten, jetzt lediglich alle Mühe darauf verwendet werde, aus einem einzigen Mitglied der internationalen Kulturgemeinschaft weitere 40 Milliarden herauszupressen und dadurch die Welt in dauernder politischer, sozialer und wirtschaftlicher Unruhe zu erhalten.

Die Vorgänge in Königsberg

Königsberg i. Pr., 27. November.

Der Prorektor der Albertus-Universität richtete an den Rektor der Technischen Hochschule Danzig ein Schreiben, um irreführenden Pressenachrichten entgegenzutreten. Es wird u. a. erklärt, daß am schwarzen Brett der Universität die aus Danzig stammenden Studierenden durch ein würdiges, amtlich genehmigtes Plakat einbringlich aufgefordert worden seien, zur Wahl nach Danzig zu fahren. Rektor, Senat und Generalkonzil der Albertus-Universität legen einstimmig Wert darauf, dies der befreundeten, durch gemeinsame Kultur verbundenen Technischen Hochschule Danzig im Gefühl unwandelbarer Zusammengehörigkeit mitzuteilen.

Das Generalkonzil der Albertus-Universität hat Prof. Dr. André, der sein Amt als Rektor niedergelegt hat, seinen warmen Dank für die pflichttreue Hingabe, mit der er das Amt geführt hat, einstimmig ausgesprochen, insbesondere auch für das große persönliche Opfer, das er den Universitätsinteressen durch seinen freiwilligen Rücktritt gebracht habe.

Französische Rüstungsreden

Drohungen gegen deutsche Grenzberichtigungsabsichten.

Paris, 26. November

Die Kammer hat die Aussprache über die Zusatzkredite für die internationale Verteidigung im Budgetjahr 1930/31 begonnen. Es handelt sich um einen Betrag von mindestens einer Milliarde. Der sozialistische Abgeordnete Renaudel teilt mit, daß seine Fraktion gegen die Vorlage stimmen werde. In der Unterkommission für die internationale Verteidigung sei man sich darüber einig,

daß es sich bei der heutigen Vorlage nur um einen Teil eines viel weitergehenden Programms handle, das nicht eine, sondern zehn Milliarden erfordern werde.

Die Verteidigungsorganisation der Grenzen und die Anlegung von Kriegslagern sei nicht so erfolgt, wie ursprünglich vorgesehen. Das Kriegsbudget nehme einen gewaltigen Umfang an. Für Frankreich könnte es sich nicht darum handeln, abzurufen, während andere Völker rüsten. Die Sozialisten hätten eine progressive und gleichzeitige Abrüstung gefordert.

Der unabhängige Abgeordnete Mandel bezeichnet die Kreditvorlage als notwendig. Frankreich habe im Jahre

1914 zu sehr unter seiner ungenügenden Rüstung gelitten, es würde sich einer derartigen Gefahr nicht nochmals aussetzen.

Wenn Deutschland Frankreich vor die vollendete Tatsache einer Grenzänderung stellen wolle, würde Frankreich einmütig alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, damit weder ihm noch seinen Alliierten Schaden zugefügt werde.

Der Redner beschäftigt sich dann eingehend mit den deutsch-französischen Beziehungen und vertritt hierbei die Ansicht, daß man die Gefahr stark übertrieben habe. Viel beunruhigender als die „Explosion des deutschen Nationalismus“ sei das zwischen beiden Völkern durch die Liquidierungspolitik entstandene Mißverständnis.

Deutschland habe gemeint, daß Frankreich, nachdem es seit 10 Jahren die Revision begonnen habe, die Verträge nicht als unantastbar ansehen könne. Dies könne jedoch nicht die Ansicht der französischen Regierung sein.

Diese Auslassungen hatte einzelne ausländische Blätter veranlaßt, Gerüchte zu verbreiten, daß ein russisch-italienisch-ungarischer Block in Bildung begriffen sei und daß im Interesse des Zustandekommens dieses Blocks Italien zwischen Ungarn und Rußland vermittele. An zuständiger Stelle in Budapest wird mit aller Entschiedenheit erklärt, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren.

Treviranus über Osthilfe

Berlin, 27. November.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte Reichsminister Treviranus auf verschiedene Anfragen, daß die Durchführung der Osthilfe in dem Maße, wie sie seinerzeit der Reichstag beschlossen habe, unabhängig von einem etwaigen Wechsel in der Personalbesetzung der Reichsregierung gesichert sei. Doch sei die Reichsregierung sich darüber klar, daß durch die Deroute auf dem Geldmarkt, die im Verfolg der Reichstagsauflösung und der Wahlen aufgetreten und gegenwärtig noch nicht behoben ist, die Beschaffung der für die Umschuldung im Rahmen der Osthilfe erforderlichen Mittel für die insgesamt vorgesehene Zeitdauer von fünf Jahren wesentlich erschwert sei. Ueber die sich dazu bietenden Möglichkeiten müsse noch verhandelt werden. Die für die Umschuldung im Rahmen der Notverordnung erforderlichen Mittel seien jedoch sichergestellt. Die weitere Ausdehnung der Osthilfe auf weitere Kreise hängt nur von der Finanzierung ohne Verwässerung der Osthilfe der bisher Betreuten ab, die zurzeit noch nicht gelöst ist. Der Gedanke genereller Steuerenkung ist über das bisherige Maß der Senkung der Gemeinderealeinkommen hinaus nicht durchführbar. Bei der Einzelveranlagung soll im Krisengebiet weitgehendster Nachlaß gegeben werden.

Englische Initiative gegen Bolenterror?

London, 26. November.

„Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel zum Ergebnis der Provinzialwahlen in Oberschlesien: Der Terror, durch den sich die polnische Herrschaft im ukrainischen Ostgalizien bedeckt hat, war in größerem oder geringerem Maß nach Oberschlesien verpflanzt worden, wird aber wahrscheinlich andere Folgen haben, weil sich die deutsche Regierung für die schlechteste Minderheit interessiert. Es ist bestimmt an der Zeit, daß der Völkerbund beginnt, sich eingehend mit der Nichterfüllung der Minderheitenverträge zu befassen. Das Blatt ist der Ansicht, daß eine behutsame Intervention noch mehr als ein deutscher Schritt ein befriedigendes Ergebnis herbeiführen würde und hofft, daß Henderson, wenn der Bericht des britischen Botschafters in Warschau über die Lage in der Ukraine vorliegt, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die gesamte Frage lenken wird.

Zur Begegnung Grandi-Litwinow

Furcht vor einem italienisch-russisch-deutschen Block.

Rom, 26. November

Die Blätter berichten ausführlich über die Zusammenkunft Grandis und Litwinows in Mailand. Der Mailänder „Popolo d'Italia“ verweist darauf, daß einige ausländische Zeitungen die Mailänder Begegnung mit der Anwesenheit des Grafen Bethlen in Berlin und mit der bevorstehenden Romreise des türkischen Außenministers in Zusammenhang bringen.

Das Gespenst jenes türkisch-russisch-germanischen Blocks, von dem die Pariser Blätter und die Staaten der Kleinen Entente träumen, erscheine sofort als bedrückende Wirklichkeit.

Man habe offenbar den Eindruck, als ob sich in der Tat etwas Neues in Europa und besonders in Italien vorbereite, und das erwecke anscheinend bei zahlreichen nicht zugewiesenen Personen ernste Befürchtungen.

„Giornale d'Italia“ betont, daß man nicht zu Unrecht in politischen Kreisen der Begegnung eine gewisse Bedeutung beimesse. Derartige Begegnungen bewiesen vor allem die Nützlichkeit des Gedankenaustausches. Die Klärung der Ansichten und Absichten trage zum allgemeinen Frieden und zur Festigung der guten Beziehungen unter den Völkern bei. Sowjetrußland stelle einen internationalen Faktor dar, mit dem zusammenzuarbeiten es im internationalen Interesse nützlich und notwendig sei. Die Grundlagen für die italienisch-russische Zusammenarbeit würden selbstverständlich durch die wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder bestimmt.

Die Begegnung habe zu einer Klärung und Annäherung in vielen internationalen Fragen beigetragen, an denen die beiden Länder interessiert seien.

Von gestern bis heute

Jubiläum des Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge beging seine 50-Jahrfeier. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald überbrachte die Glückwünsche der Reichsregierung und der zuständigen Ressorts. Der Minister für Volkswohlfahrt, Dr. Hirtfelder, überreichte dem Vorsitzenden Dr. Volligkeit die Silberne Staatsmedaille für Verdienste um die Förderung der Volkswohlfahrt, der Reichstanzler ließ als Jubiläumsspende 1000 Mark überreichen.

Um das Landtagsmandat von Kultusminister Bazille.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Württemberg der Deutschnationalen Volkspartei, Reichrat Dr. Hirtzel, hat an das Präsidium des württembergischen Landtags den Antrag gestellt, beim Staatsgerichtshof eine Entscheidung darüber zu veranlassen, ob Kultusminister Dr. Bazille, der aus den Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten ist, seinen Abgeordnetenstatus verloren hat. Es wäre unbefriedigend, wenn eine inaktive Organisation durch eine Persönlichkeit vertreten lassen müßte, die durch ihren Austritt selbst bekannt habe, daß das alte Vertrauensverhältnis nicht bestehe. Die Angelegenheit ist vom Landtagspräsidium dem Staatsgerichtshof zugeleitet worden.

Metallverhandlungen in Thüringen gescheitert.

Die Verhandlungen über den Tarif in der Thüringer Metallindustrie sind gescheitert. Die Arbeitgeber forderten einen Abbau des Tariflohnes und des Akkordverdienstes um 15 Prozent, während die Arbeitnehmer auf ihrem Verlangen nach einer Lohnerhöhung um 5 Prozent für die Stunde beharrten. Beide Tarifparteien werden den Schlichter anrufen. Neue Verhandlungen sind auf den 2. Dezember angesetzt.

Königsjubiläum in Norwegen.

Zur Feier des 25-jährigen Regierungsjubiläums des Königs Haakon von Norwegen hatte sich während des offiziellen Essens vor dem Schloß eine auf 40 000 Personen geschätzte Menschenmenge angesammelt, die Hofsurse auf den König und die Königin ausbrachte. In einer Ansprache erinnerte der König an die Besuche, die er im Laufe seiner Regierungszeit den verschiedenen Provinzen des Landes abgestattet hatte, und dankte insbesondere den im Auslande und auf hoher See befindlichen Norwegern für die ihm übermittelten Glückwünsche.

Beträchtlicher Rückgang im ungarischen Eisenbahnverkehr.

In der ersten Hälfte des laufenden Jahres ist der Personenverkehr der ungarischen Staatsbahnen gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres um 6,2 Prozent, der Güterverkehr um 11,3 Prozent zurückgegangen. Seit Juli gegenüber der gleichen Zeitperiode im Vorjahre im Personenverkehr ein Rückgang von 11 Prozent, im Güterverkehr eine Verminderung um 16,9 Prozent zu verzeichnen. Der Rückgang ist auf die allgemeine Wirtschaftskrise zurückzuführen.

100 amerikanische Flugzeugmotoren nach Rußland geschafft.

Nach einer Neutermeldung aus Washington erreichte in der Sitzung des Untersuchungsausschusses des Repräsentantenhauses, der sich mit der Tätigkeit der Kommunisten zu beschäftigen hat, großes Aufsehen, als Delag, der frühere Vizepräsident der Amtorg-Handels-Gesellschaft, die Erklärung abgab, in den letzten drei Jahren seien in den Vereinigten Staaten 400 Flugzeugmotoren vom Typ „Dwerry“ gekauft und auf gefahrlchem Wege nach Rußland geschafft worden.

Italienische Schiffsbauten für Griechenland.

Griechenland hat italienischen Werften vier Zerstörer im Auftrag gegeben, die unter Aufsicht einer griechischen Abordnung gebaut werden. Die Zerstörer sollen von demselben Typ sein, wie sie für Italien selbst gebaut werden.

Diplomatischer Schrift Kanadas um ein Schmuggelschiff?

Die Beschlagnahme des kanadischen Motorbootes „Good Luck“, das eine Ladung Spirituosen an Bord hatte, wird, wie Reuter aus Providence (Rhode Island) meldet, anscheinend zu einem diplomatischen Schritt führen. Es deutet, die kanadische Regierung wolle Einspruch dagegen erheben, daß das kanadische Schiff von dem amerikanischen Zerstörer beschossen und gerammt worden sei. Es wird berichtet, daß das Motorboot mindestens von einer einzelligen Granate und von mehreren Maschinengewehrketten getroffen worden sei.

Hochwasser am Kurischen Haff

Elf Fischer ertrunken

Litff, 27. November.

Das Kurische Haff wurde in den letzten Tagen von einem orkanartigen Sturm heimgesucht, dem insgesamt elf Fischer zum Opfer fielen. Ein in den letzten Tagen verunglückter Fischer ist seinen Verletzungen erlegen, weil es unmöglich war, einen Arzt herbeizurufen. Infolge Hochwassers wird die Lage der Bewohner am Haff immer verzwelfelter. Besonders traurig sehen die Verhältnisse in Inse aus. Wege, Wiesen und Deiche bilden eine endlose Wasserfläche, die jeglichen Verkehr mit der Außenwelt unterbindet. Seit mehreren Tagen hat der Postverkehr mit Inse eingestellt werden müssen. Schwererkrankte müssen in Betten und Pölse gepackt unter Lebensgefahr zum nächsten Arzt geschafft werden; Tote können nicht beerdigt werden. Das Wasser steht noch mehrfach in den teilweise verlassenen Wohnungen; die Gemülevorräte sind größtenteils durch das Hochwasser oder den plötzlich eingetretenen Frost vernichtet. Die Deiche, welche in diesem Herbst erhöht wurden, sind teilweise fortgeschwemmt worden. Es wird dringend Hilfe verlangt. Das Hochwasser vom Rhein geht langsam zurück.

Vom Moskauer „Industrie-Projekt“

Ein Agitationsstück zur Verdunkelung der wirklichen Lage
Moskau, 26. November.

Die theatralische Abfassung des Berichts der Telegraphenagentur der Sowjetunion über den sogenannten Industrie-Sabotageprozeß zeigt deutlich, daß diese Tribunalverhandlung als öffentliche Schauveranstaltung zur agitatorischen Auswertung aufgebrochen worden ist. Gericht, Gewerkschaften und Behörden arbeiten hier engstens zusammen. Der öffentliche Aufzug der Gewerkschaften mit Musik und irreführenden Plakaten gibt hier hinreichenden Beweis. Seine Aussage soll Professor Ramsin angeblich mit folgenden pathetischen Worten eingeleitet haben: Ich will mich nicht verteidigen, denn meine Schuld- und Verräter-tätigkeit ist klar. Ich möchte, daß durch diesen Prozeß die Wichtigkeit konterrevolutionärer Versuche jutage tritt und der Widerstand eines gewissen Teiles der Ingenieure und der technischen Kräfte aufhört. Sodann habe Ramsin über die Organisation des von Bolschinski geschaffenen Ingenieurzentrums berichtet und die Tätigkeit der gegenrevolutionären Organisation geschildert, als sie sich bereits mit dem „Handels- und Industriekomitee“ in Paris — einer Organisation russischer Weißgardisten — und mit einzelnen Mitgliedern französischer Regierungskreise zur Beratung der für 1928 in Aussicht genommenen Interventionspläne in Verbindung gesetzt hatte. In jener Zeit ging der Gedanke einer Intervention, betonte Ramsin, mehr von Regierungskreisen Frankreichs und Englands als vom Handels- und Industriekomitee aus. Während eine Anzahl von Mitgliedern der „Industriepartei“ unter ihnen Fedotow und Sinin, auf Reisen waren, traf die Nachricht von Verhandlungen des Handels- und Industriekomitees mit Poincaré und Briand ein, die dazu dienten, die Intervention zu organisieren. Im gleichen Jahre überzeugten wir uns, d. h. Baritschew und ich, daß der Gedanke einer Intervention in England und in Frankreich ernst gemeint war.

Poincaré habe den Gedanken der Organisation einer Intervention gegen die Sowjetunion durchaus gebilligt und darauf hingewiesen, daß diese Frage im französischen Generalstab bearbeitet werde. Gleichzeitig habe Poincaré fest darauf bestanden, daß man verstärkte Interventionsvorbereitungen innerhalb des Landes betreiben, die Schädlingstätigkeit verstärken und die innere Krise besonders in dem Augenblick der Intervention verschärfen müsse. Denisoff erklärt, daß beim französischen Generalstab bereits unter dem Vorsteh des Generals Janin eine Sonderkommission zur Organisation der Intervention gegründet worden sei und daß dieser Kommission auch ein Vertreter des englischen Generalstabs angehöre, daß ferner General Lutowski zu Oberst Joinville Beziehungen habe und daß das Handels- und Industriekomitee auch durch Oberst Richard mit dem Generalstab in Verbindung stehe.

Betreffs des Planes über die Ausführung der Intervention wurde darauf hingewiesen, daß Frankreich keine Streitkräfte zur Verfügung stellen, sondern militärische Instruktionen und vielleicht Kriegsschiffe und Flugzeuge entsenden werde, daß Polen, Rumänien und die Randstaaten coale Streitkräfte stellen würden und daß die im Ausland befindlichen Lebertreue an weißgardistischen Truppen ausgenutzt werden sollten. Die Mitglieder des Handels- und Industriekomitees hätten die Intervention für Sommer 1930 in Aussicht genommen. Hauptleiter der Intervention sollten Frankreich und der technische Leiter der französische Generalstab sein, jedoch mit Unterstützung Englands.

Moskau, 27. November.

In der gestrigen Sitzung legte der angeklagte Professor Ramsin seine Aussagen fort, indem er, wie die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union berichtet, ausführte: In Paris, im Oktober 1928, begegnete ich und Baritschew in einem Restaurant Denisoff, Nobel, Gukaloff, Meschtscherff und Tertjakoff. Denisoff sagte, die Intervention würde diesmal gut organisiert sein. Die Hauptstreitkräfte würden Polen, Rumänien und die baltischen Länder liefern, außerdem werde man die 100 000 Mitglieder der ehemaligen Wrangel-Armee heranziehen. Man glaube, daß bei guter Belieferung der Armee und rascher Schlagkraft 600 bis 800 000 Mann genügen würden. Ueber die für die Intervention notwendigen Mittel teilten Denisoff und Nobel mit, daß die Hauptquelle dieser Mittel die französische und die englische Regierung sein würden, sodann die Kreise der Weltindustriellen, besonders Deterding. Am nächsten Tage erfolgte mein Zusammenkunft mit General Lutowski und dem Obersten des französischen Generalstabes, Joinville. Denisoff teilte mit, daß die eingeleiteten Verhandlungen mit den an der Vorbereitung der Intervention teilnehmenden Ländern auf Hindernisse stießen angesichts der Gelüste einzelner Staaten, insbesondere Polens, das das gesamte ukrainische Gebiet auf den linken Dnepr-Ufer verlangte. Während dieser Reise hielt ich drei Zusammenkünfte in London: Die erste mit Ingenieur Simon, Direktor der Firma Widors. Der Zusammenkunft



Rücktritt des Ministers Bredt.

Die Wirtschaftspartei hat sich entschlossen, wegen der Preisentwertungspolitik Dr. Brünnings aus der Regierung auszuschleiden und ihren Vertreter, Reichsjustizminister Prof. Dr. Bredt, aus dem Kabinett zurückzuziehen.

wohnte ein mir unbekannter Herr bei, den man Sir Philip nannte. Beide teilten mir mit, daß der Hauptorganisator der Intervention Frankreich sei, daß an der Interventionsvorbereitung auch England teilnehmen werde, und daß von englischen Kreisen eine besondere Gruppe Deterding, die Gruppe Urauhart, Konserwatve, und insbesondere Churhill, interessiert seien. In London kamen Baritschew und ich auch mit Oberst Lawrence in Gegenwart Simons zusammen. Bei dieser Zusammenkunft knüpften wir Verbindungen mit Vertretern englischer Firmen in Moskau an. Während sich 1927 England an der Organisation und Intervention beteiligte, hat das Interesse Englands für die Intervention nach dem englischen Regierungswechsel merklich nachgelassen. Was Frankreich anbelangt, so ist seine Mitwirkung von Anfang bis zu Ende von vorherrschender Bedeutung. Mitte 1929 kam aus Frankreich dringlichere Weisung, eine militärische Organisation zu schaffen, und es erfolgte allmählich die Umwandlung der Industriepartei in eine Agentur des französischen Generalstabes. Die Industrie-Partei und ausländische Kreise rechneten mit großer Sicherheit auf Aufstände und Unruhen unter den Bauern und in der Roten Armee und auf die Möglichkeit, Arbeiterstreiks zu provozieren. Das Jahr 1930 hatten wir u. a. deshalb aussersehen weil bei den großen Aufwendungen für den Industrienaufbau der Sowjet-Union die Ausgaben für die Landesverteidigung gerade 1930 geringer waren, als für die folgenden Jahre in Aussicht genommen war.

Bei der Menjur überrascht

300 Berliner Studenten festgesetzt

Berlin, 27. November

Mittwochvormittag wurde der Polizei mitgeteilt, daß sich in einem Saal des Berliner Ostens eine große Zahl von Studenten versammelt habe, die dort ihre Mensuren ausfechten wollten. Die Polizei überraschte etwa 300 Studenten und stellte sie fest. Eine große Anzahl von ihnen, die nicht im Besitze von Ausweisen waren, mußte den Weg nach dem nächsten Polizeirevier antreten, wo weitere Feststellungen erfolgten. Drei Studenten, die man direkt bei der Menjur überrascht hatte, werden sich wegen Beteiligung an der verbotenen Menjur zu verantworten haben. Die Polizei hat ferner umfangreiches Baumaterial beschlagnahmt.

Sächsisches.

Dresden. Die Elbe fällt. Der Wasserstand der Elbe hat mit 1,90 Zentimeter über Null den Höchststand erreicht und fällt jetzt langsam, nachdem die Niederschläge nachgelassen haben. Mittwochmorgen zeigte der Pegel in Dresden nur noch 183 Zentimeter.

Königsfelden. Während bekanntlich der Landesverein Sächsischer Heimatschutz das Projekt einer Schwebbahn auf den Vilsenstein entschieden ablehnt, findet der Plan in der königsteiner Bevölkerung rege Befürwortung. Es wird geltend gemacht, daß die Ablehnung eines solchen Projekts unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen nicht verantwortet werden könne. Die Planung sehe keine sichtbaren Stützpunkte vor, daher sei die Befürchtung einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nur der Seile wegen haltlos. In interessierten Kreisen der Sächsischen Schweiz stehe man auf dem Standpunkt, daß die erste und einzige Seilbahn dem Gebiet einen großen Aufschwung bringen werde; außerdem durch den Bau dieser Bahn für viele Monate Arbeit geschaffen werde.

Leipzig. Mientataus Rache. Am Fenster eines Verkaufslagers von Tabakwaren in einem Grundstück der Rabener Straße in Lindenau wurde morgens ein Explosionskörper durch eine Zündschnur zur Explosion gebracht. Vier Scheiben wurden eingedrückt, Personen kamen nicht zu Schaden. Vermutet wird, daß es sich um einen Racheakt handelt.

Schneeberg. Großer Strumpfdiebstahl. Ein hiesiges Strumpfwarengeschäft wurde nachts von Eindringern heimlich, die Herren-, Damen- und Kinderstrümpfe im Gesamtwerte von etwa 4000 RM stahlen.

Radebeul. Eisenbahnrevol. Auf den Schienen der Kleinbahn nach Moritzburg-Radeburg wurde ein schwerer Schleusendeckel gefunden, durch den ein Personenzug gefährdet war. Die Lokomotive schob das Hindernis zur Seite. Die Reichsbahndirektion Dresden hat zur Ermittlung des Bahnfrevelers eine Belohnung von 200 RM ausgesetzt.



Bauen. Zahlungeinstellung. Die Firma Otto Büttnner, Inhaber Sigismund Bastowski, Lebergroßhandlung und technische Bedarfsartikel, ist in Zahlungschwierigkeiten geraten. Es wird ein Vergleich angestrebt; man rechnet mit einer Quote von 30 bis 40 Prozent.

Oschatz. Skelettfund. Hinter einer in der Nähe des Ortes Roppfen stehenden Scheune fanden Arbeiter, die mit der Herrichtung von Kartoffelfeldern beschäftigt waren, beim Auswerfen der Erde das Skelett einer erwachsenen männlichen Person. Die Leiche muß eine ganze Reihe von Jahren dort verscharrt gelegen haben. Die Knochen, die an Ort und Stelle von einer Kommission untersucht wurden, brachte man zur weiteren Untersuchung nach Leipzig.

Trebsen. Verladerrampe zusammengeführt. Die Verladerrampe des Anschlußgleises des Kunzelschen Steinbruchs stürzte, wahrscheinlich durch das anhaltende Regenwetter verursacht, in einer Länge von 40 bis 45 Metern zusammen. Begünstigt durch die aufgestapelten Steinmassen, die einen starken Druck ausübten, kamen die Erdmassen in Bewegung, das Mauerwerk gab nach. Einige an der Rampe stehende Eisenbahnwagen eines rangierenden Zuges wurden eingedrückt. Bom Jarupersonal wurde niemand verletzt. Bei den Aufräumungsarbeiten mußten die zu Bruch gegangenen Mauermassen gesprengt werden.

Bevorstehende Betriebsstilllegung in Colditz. Colditz. Die Steingutfabrik Thonsberger & Hermann, die bereits zu größeren Arbeiterentlassungen gezwungen war, wird ihren Betrieb wahrscheinlich mit Schluß des Jahres ganz einstellen. Durch diese Stilllegung werden die Stadt Colditz und verschiedene Landgemeinden stark in Mitleidenschaft gezogen.

Die Preisentwertungsaktion in Leipzig. Leipzig. Die Preisentwertungsverhandlungen des Obergerichtspräsidenten mit den in Frage kommenden Kreisen haben jodendes Ergebnis gezeitigt: Weizenmehl 26 statt 28 Pfennig, Sauertraut auf 10 (12,5) Pfennig je Pfund, Kartoffeln 30 statt 40 bzw. 35 Pfennig je 10 Pfund. Der Brotpreis war für Leipzig gegenüber etwa Berlin, Halle und Dresden mit 17 Pfennig je Pfund bereits sehr niedrig. Bisher haben die Bäckerinnung, die Brotfabriken und der Konsumverein für Erwerbslose die Ermäßigung auf 15 Pfennig je Pfund zugestimmt. Die Bemühungen, eine allgemeine Brotpreisermäßigung zu erreichen, gehen weiter. Für Fleisch sind die Preise seit August allgemein gefallen. Die Fleischernnung hat sich bereit erklärt, weiter auf genaueste Kalkulation zu drängen. Der Milchhändlerverband hat die Senkung des Kleinhandelspreises abgelehnt. Der Kohlenhandelspreis ist ab 3. November ds. Js. von 1,40 auf 1,35 frei Lager und von 1,60 auf 1,55 RM frei Keller gesenkt worden.

Der Verband der Bauarbeitgeber nahm eine Entschleunigung an, in der es heißt, daß eine weitere Senkung der jetzigen Anschlagpreise für Bauarbeiten unmöglich sei. Das Baugewerbe leide seit einem Jahre an einem Auftragsmangel, wie er noch nie vorhanden gewesen sei. Es müsse dafür gefordert werden, daß die Benachteiligung Sachsens in bezug auf Aufträge des Reichs und der Reichsbehörden endlich weg falle und eine genügende Berücksichtigung des zweitgrößten Industriestaates Deutschlands Platz greife.

In der Pressebesprechung über die Preisabbaumaßnahmen wurde auch die Frage des Abbaus der Werkstoffe erörtert. Stadtbaurat zu Nieden führte aus, daß die städtischen Werke nicht nur bei der Straßenbahn, sondern auch bei der Abgabe von Strom einen außerordentlichen Rückgang zu verzeichnen haben und damit einen Einnahmefall von fünf Millionen Reichsmark. Infolge dieses Konsumrückganges seien die Gesteinskosten gestiegen. Der Gaspreis sei trotz der hohen Fracht mit 18 Pfennig je Kubikmeter gegenüber anderen Großstädten außerordentlich billig. Trotzdem wäre eine Senkung der Tarife ohne weiteres möglich, wenn die Abgabe der Werke an die Stadtkasse nicht dauernd gestiegen wäre. Sie sei jetzt von 6 auf 13,5 Millionen Reichsmark angewachsen. Bei den städtischen Betrieben, die von der Abgabe an die Stadtkasse nicht betroffen werden, sei eine Senkung der Gebühren geplant, so bei der Düngerabfuhr und bei der Straßenreinigung um je 6 Prozent.

Streikbeschluss der Chemnitzer Straßenbahnen.

Dresden. Wie die Dresdner kommunistische „Arbeiterstimme“ meldet, fanden in Chemnitz zwei Versammlungen von zusammen rund tausend Straßenbahnern statt, in denen Stellung genommen wurde zu den von der Direktion der Chemnitzer Straßenbahn ausgesprochenen Entlassungen von Straßenbahnern und dem Angebot der 40 stündigen Arbeitswoche ohne entsprechenden Lohnausgleich. Es wurde eine Entschleunigung angenommen, in der die Vor schläge der Direktion abgelehnt werden und dem Rat der Stadt Chemnitz ein letztes Ultimatum gestellt wurde. Danach soll, falls bis zum 1. Dezember die Kündigungen nicht zurückgenommen werden und die Verordnung über die Durchführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich nicht zurückgezogen wird, der Straßenbahnbetrieb am 2. Dezember ruhen.

Neuer Protest gegen den Wirtschaftsnot.

Die Landesgruppe Sachsen im Reichverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels in Chemnitz hat eine Eingabe an das Wirtschaftsministerium gerichtet, in der ent-



Sturmkatastrophe in München.

Das Unwetter und der Sturm hausten in München derartig, daß riesenstarke Bäume vom Orkan mit den Wurzeln ausgerissen wurden. U. B. z. Einen alten Baum in einer Münchener Anlage, der vom Sturm niedergelegt wurde.

Schieden in Uebereinstimmung mit den Industrie- und Handelskammern gegen die Bildung eines Wirtschaftsstocks Stellung genommen wird. Der Landesverband steht auf dem Standpunkt, daß die aus der wertschöpfenden Arbeitslosgemäße zurückbleibenden Beträge als Einnahme in den Etat eingestellt und in erster Linie zu Steuererleichterungen verwendet werden sollten, um dadurch gleichmäßig allen Erwerbstätigen in Sachen die Existenzmöglichkeit zu erleichtern. Sollte dieser Vorschlag undurchführbar sein, so könnte sich der sächsische Großhandel auch den Vorschlägen der Handelskammern anschließen, die dahin gehen, die aus dem früheren Staatsdarlehen zurückbleibenden Beträge der Wirtschaft auf dem Wege über die Landespfandbriefanstalt zur Verfügung zu stellen. In der Eingabe wird um die Zurückziehung des Bescheidurfalles gebeten.

Weiterführung des Döhlemer Wertes?

Dresden. Am Donnerstag findet in Berlin Verhandlungen über eine etwaige Weiterführung der Döhlemer Güterwerke statt. An den Verhandlungen nimmt als Vertreter des Sächsischen Staates Ministerialrat Dr. Klein und Generaldirektor Dr. Poensgen von den Vereinigten Stahlwerken teil. — Wie man hört, soll Aussicht bestehen, daß es zu einer Vereinbarung kommen dürfte.

Turnen und Sport

Die deutschen Rittkavalleriere verlassen Amerika am 4. Dezember mit der „Hamburg“, und werden am 12. Dezember in Hamburg erwartet. Baccarat wurde noch einmal in einem Springen am letzten Tage des Torontoer Turniers (unter Waldenfeld) während Derby in einem weiteren Wettbewerb Dritter wurde.

Deutschlands Schwimm-Länderkämpfe werden sich im nächsten Jahr auf die Begegnungen mit Frankreich, England und Belgien beschränken, mit Rücksicht auf die sonst zu große Inanspruchnahme der ersten deutschen Schwimmerklasse. Gegen Schweden und Ungarn sollen die Länderkämpfe ausfallen.

Trainer R. A. Waugh ist gestorben. Waugh stammte aus England und erfreute sich in deutschen Rennsportkreisen großer Beliebtheit. Vor dem Kriege hat Waugh für den Stall Kracker in einem Jahr 108 Sieger vorbereitet.

Nach Polen sollen keine deutschen Amateurbogen vom Deutschen Reichsverband für Amateurbogen entsandt werden auf Antrag des Südostdeutschen Verbandes wegen der Unterdrückung der westlichen Minderheiten in Polen.

Hans Müller, der westdeutsche Weltgewichler, erfocht einen neuen Sieg in Newport. Er schlug den Amerikaner Harry Gorin schon in der 1. Runde entscheidend.

Berliner Effektenbörse

Die Börse zeigte am Mittwoch bereits zu den ersten Kursen auffallende Nervosität, die vorwiegend zu leichten Kursabschlüssen führte, so daß durchweg Verluste von 1 bis 2 Punkten zu verzeichnen waren. Im Verlauf wurde die Haltung dann ausgesprochen schwach. Die Kurse wiesen an allen Märkten Rückgänge auf, welche sich bei verschiedenen auf mehrere Punkte erhöhten. Die Abwärtsbewegung der Kalkulation setzte sich fort. Salpeterminerale übernahmen die Führung. Sie gingen bis 221 zurück. Weiterer sinken bis 140% (-9%). Am Elektromarkt erfolgten starke Abgaben in Siemens, die den Kurs bis 154 herunterdrückten. Bedeutliche Verkaufsbewegung zeigte sich am Kunststoffsamarkt, wodurch Bemberg auf 62½ herabgedrückt wurde. Am Schiffsmarkt betragen die Abschlüsse etwa 1½ Punkte.

Am Geldmarkt war Tagesgeld wenig verändert, 3,75 bis 5,75 % Monatsgeld 8 bis 7,50 %, banknotierte Warenmehrfach wächtig umlaglos.

Am Privatdiskontmarkt blieben die Notierungen unverändert 4,57 %.

Am Devisenmarkt wurden der Dollar mit 4,191 und das englische Pfund mit 20,352 gehandelt.

Berliner Produktenbörse

Das vorliegende Weizenangebot an der Produktenbörse war am Mittwoch keineswegs dringlich. Auch am Markt der Getreidegeschäfte zeigten die Notierungen wenig Veränderungen. Roggen war leicht abgeschwächt, die Kurse blieben für prompte Ware unverändert. Das Mehlgeschäft stotzte; Gerste und Hafer waren ruhig. Die Umsätze waren allgemein klein.

Notierungen:

Weizen ab märt. Stat.	250-251	Weizenl.-Melasse	—
Roggen do.	147-149	Raps	—
Braugerste do.	192-214	Seinsaal	—
Futter- u. Indust.-Gerste do.	174-182	Wittoriaerbsen	25,00-31,00
Hafer do.	187-146	Al. Speiserbsen	—
Rais loco Berlin	—	Futtererbsen	19,00-21,00
Waggr. Hg.	—	Beluhten	—
Weizenmehl p. 100	—	Ackerbohnen	17,00-18,00
Kilo fr. Bln. br. inkl. Sod. (feinste Marke ab. Rot.)	29,00-37,25	Widen	17,00-20,00
Roggenmehl p. 100	—	Lupinen, blaue	—
Kilo fr. Bln. br. inkl. Sod.	23,50-26,75	Lupinen, gelbe	—
Weizenkleie fr. Bln.	8,50-9,00	Serradella, neu	—
Roggenkleie fr. Bln.	8,25-8,75	Rapskuchen, 38%	8,50-9,50
		Seinkuchen, 37%	15,00-18,00
		Trockenschmelz	5,40-5,90
		Soyaschrot 45%	13,50-15,70
		Kartoffelstodden	—

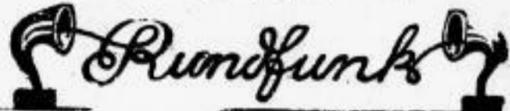
Magdeburger Zuckernotierungen vom 26. November. Gemahl. Weiss bei Lieferung November-Dezember 25,25. Tendenz ruhig. — Rohzucker: Tendenz ruhig.

Bremer Baumwollpreise vom 26. November. Dezember 11,28 G., 11,30 B.; Januar 1931 11,45 G., 11,50 B.; März 11,70 G., 11,72 B.; Mai 11,94 G., 11,97 B.; Juli 12,17 G., 12,18 B.; Oktober 12,36 G., 12,37 B. Loko: 11,91. Tendenz: Stetig.

26. November

Sonnenaufgang 7.37	Sonnenuntergang 15.58
Mondaufgang 13.20	Monduntergang 23.49

1830: Der Komponist Anton Rubinstein in Wschkow, ney geb. (gest. 1894). — 1881: Der Dichter Stefan Zweig in Wien geb. — 1889: Der schweizerische Dichter Konrad Ferdinand Meyer in Rorschach geb. (geb. 1825).



Rundfunkprogramm für Freitag, den 26. November: Leipzig-Dresden:

10.30 Schulfunk; 12.00 Schallplattenkonzert; 14.00 Wissenschaftliche Umschau; 14.30 Studio der Mitteldeutschen Sender; 15.15 Dienst der Landfrau, Adventstränge; 16.00 Die Aufgaben der Eheberatung; 16.30 Konzert; 17.30 Die trockene Destillation; 18.05 Operantio; 18.25 Englisch; 18.50 Tagesfragen der Wirtschaft; 19.05 Traumanalyse am Mikrophon; 19.30 Kriminalistische Kurzschnitten von Hans von Wilsdorf; 20.00 „Die Schwägerin von Saragossa“; 22.15 Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk; anschließend Tanzmusik.

Berlin-Stettin-Magdeburg.

7.00: Funk-Gymnastik. — Anschließend: Frühkonzert. — 12.30: Wettermeldungen. — 14.00: Kabarett (Schallplatten-Konzert). — 15.20: „Frauentypen im Film“. — 15.40: „Die Berliner Gerichts-Organisation“. — 16.05: „Eishockey-Trainingsfahrt nach England“. — 16.30: Aus Königsberg: Konzert Funk-Orchester. — 17.45: Jugendstunde. „Ein Blick ins Planetensystem am Abendhimmel“. — 18.05: „Sozialpolitische Umschau“. — 18.25: Das neue Buch. — 18.35: Drei Minuten um Arbeitsmarkt. — 18.40: Interview der Woche. — 19.00: Bunte Stunde. — 19.40: Programm der nächsten Woche. — 20.00: Offenbach-Johann. „Die Schwägerin von Saragossa“ (Osa Bawards). Operette in zwei Akten von Jacques Offenbach. Berliner Funk-Orchester. — Während einer Pause gegen 21.00: Tages- und Sportnachrichten. 22.15: Zeitangabe usw. — Danach bis 0.30: Lang-Musik (Ben Berlin-Orchester).

Rönnigsmusterhausen.

6.25: Zeitangabe und Wetterbericht. — 6.55: Wetterbericht. — 7.00: Funk-Gymnastik. — Anschließend: Frühkonzert. — 10.00: Schulfunk. Bei den Indianern in Perito (mit Schallplatten). — 10.30: Neueste Nachrichten. — 11.30: Lehrgang für praktische Landwirte. Bodenkultur. — 12.00: Schallplatten-Konzert. — 12.25: Wetterbericht. — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schallplatten-Konzert. — 14.30: Kinderstunde. Kind und Schallplatte. — 15.30: Wetter- und Börsebericht. — 15.40: Frauenschicksal. — 16.00: Pädagogischer Funk. Schulfunktechnik. Auswahl und Pflege der Schulfunkanlage. — 16.30: Uebertragung des Nachmittagskonzertes Leipzig. — 17.30: Hausmusik (Arbeitsgemeinschaft). — 18.00: Die Arbeitsdienstpflicht. — 18.30: Hochschulfunk. Vulkanismus und Erdbeben. — 19.00: Wissenschaftl. Vortrag f. Tierärzte. — 19.25: Gedanken zur Zeit. Zweigespräch über das Thema: „Veränderung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit? — Anschließend: Berliner Programm.

Arne Keil und seine Lie

ROMAN VON ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU-SA. 28. Fortsetzung.

Mit diesen Worten hatte sie Arnes Begehren erschlagen und statt eines treulichen Liebhabers einen treulichen Freund gewonnen.

„Immer hat es die Frau in Händen, was sie aus einem Ranne machen will.“

„Grüß Gott, Kathrein, wie geht's?“

„Gut geht's halt! Ma sein all'well no ledi,“ und zurück ins Zimmer rief sie: „Ihr Mannsteil, schau's, wer dös is, der da tummt im Mitt'nacht auf d' Bengtialalm.“

„Beide Mannsteile, Vater Sepp und Bruder Toni, kamen aber zur Tür. Sie sagten eine Weile gar nichts. Sie lachten nur den Gast an.“

„Aber dann?“

„Sepp, der Patriarch und Niese, der seit vorigem Jahre mit Arne auf du und du stand, schob seine Kinder beiseite — geht's weg.“ — nahm Arnes Arm — „reingehst!“ — Und errie ihn über die Schwelle.“

„Nun trat er zwei Schritte zurück. Er sah Arne von unten ins oben an und sagte: „D mei — schimmlig bist' wor'n, Arne.“

„Gruß heißt's, Vater,“ verbesserte Toni.

„A woas! Gell, Arne, d' woast scho woas i mean?“

„Aber natürlich, Sepp, weiß ich's.“

Und der Alte fragte: „Hast Sor'n, Arne?“

„I wo! Gehabt — vorbei. — Das-vor-der-Zeit-schimmlig-serden — liegt in unserer Familie.“

„Nicht halt imma ebbs apart's hoam'n, ihr noblign' F'ellschaft!“ sagte er zu Arne, und zur Tochter: „Bring' a Kirsch.“

„Für mich nicht, Sepp,“ wehrte Arne ab. „Aber ein Glas Kirsch tät' ich trinken.“

Und Sepp sprach hochdeutsch wie sein Junge: „D mei — herr Arne, wie hast du dir verändert.“

„Wir sind doch schon auf du und du, Sepp, was brauch't's a noch Alkohol.“

Der Alte lachte und rieb sich vergnügt die Hände.

„Dua — woast, i woar i Winka,“ sagte er. „Do sing'ns: in der Jugend tut es wohl, im Alter tut's der Alkohol.“

„Hsbann net. Sigt, so bring' ma Kultur in die Berg.“ —

„Weißt' lang, Arne?“

„Wo? Bei euch?“

„Na, in dera Gegend.“

„Vorläufig nicht! Aber wenn ich euer Nachbar geworden bin.“

„Woas, Nachbar?“ riefen die drei wie aus einem Munde.

„Ja, Nachbar! Ich will bauen da oben auf den Wiesen beim Wald.“

„Kathrein, hol' doch scho' a Kirsch, dös muas ma b'gieh'n.“

„Soll ich, Herr Keil?“ fragte Kathrein.

„Na, meinetwegen.“

Sie brachte Flasche und Gläser und schenkte ein.

Sie stießen mit Arne an. Kathrein mit einem: „Auf ein nat Beieinand.“ Toni: „Auf gute Nachbarschaft,“ aber Sepp sagte nur: „Hopla!“ und ließ kein Kirschwasser dahin erschwimmen, wo es hingehörte.

„So, herrschaften, seht hab' ich Bescheid getan, hab' euch unten Abend gelagt, nun kann ich weiter.“

„Woas willst' sie, Arne?“

„Ein bißel höher hinauf, wo Alpenrosen blühen.“

„Bist verrückt wor'n, Arne?“

„Das nicht, Sepp, man muß nicht verrückt sein, um Alpenrosen zu pflücken.“

„Auf d' Nacht!“

„Wenn man am Tage keine Zeit hat.“

Der Alte schüttelte den Kopf und Toni sagte:

„Ich begleite Sie.“

„Rein, Toni, ich gehe allein.“

„Ni nehma S' a net mit?“ fragte Kathrein. „Nur a Stückel?“

„Danie, Kathrein, so lieb das ist, aber ich finde mich hne Führung.“

Sie konnten ihn und drängten nicht weiter. Wenn er nicht sollte half auch bitten nichts. Nur der Alte sagte:

„Geh' Toni, gib't's m' halt 'n Lump me. Den aber nimmi, Arne! Dös tuast mir 's liab.“

„Aber, Sepp, ich bitt' dich. Droben auf der Hütte liegt der Keler ihr Tyras an der Leine. Das wird ja der reine Jundezwinger.“

„D' Wand is net d' Hütt'n. Ma woas. nei. wa ma soa trach nüt hat.“

„Ach brauch' keinen Hund.“

„Arne, sei liab. Uf mei viarun'sieblig Joahr, sollst mi dera Bunsch net verlage.“

„Also rein mit dem Tier.“

Toni sprang davon und war im Moment wieder da. Der Hund trotzte ihm nach.

Wie dieser des Fremden gewahr wurde, stuchte er einen Augenblick, dann aber sprang er bellend und schweißbedeint in ihm empor. Er konnte sich vor Freude nicht fassen.

Wie er Sie noch kennt, Herr Keil,“ sagte Toni, „und wie er sich freut! Das ist ja ganz schlimm.“

„Gell, Lump, wir sind ja im Vorjahr auch ganze Wochen ang zusammen unterwegs gewesen, haben manchmal zusammen geschlemmt und oft auch zusammen gehungert, waren nicht auseinander zu kriegen, waren uns treu, wie wei richtige Freunde.“

Als Arne so mit dem Hunde sprach, wurde dieser ruhig und sah still zu dem Sprechenden auf.

„Wißt du denn mit mir gehen, Lump, heut' Nacht? Ja? Spazierengehen, be? — Wißt du, alter Junge?“

„Spaziergang um Mitt'nacht d'r Wand aufi — sei' is es,“ knurrte der Alte.

Und als Lump nach dem Alten hinsah, redete dieser den Hund an.

„Gell, Lump, mir zwoa hoam'n oa Meinung oa wegen em Spaziergang un' dem herrle do! Woas oa Meinung! Bos oant!“ — Und auf den Tisch hauend, daß die Gläser urchinander purzelten, polterte er los: „Sakra! Krutz!“

„D' soll' ma l's Hüttle sperrn, Arne, aba 'n Lump nell jaber eins is' jeht! Da g'hört l's Bett un' net do draußen rum.“ — haast net en Bulch'n 'hand Kathrein, dös a net urt braucht.“

„Ich bin kein Salonrotler, mein lieber Sepp. Dös weißt! Delweiß und Alpenrosen hab' ich mir noch nie schenken lassen. Auch noch nie gekauft! Die pflücke ich selbst.“

„Aba net auf d' Nacht! — Vor drei Stund', do hätt' s' onnt, doo loag d' Wand no net im Schatten, aba leht — I diaht a no net droh'n.“

„Ich komm aber' nauf.“

„Un' woan scho' — do diaht na net wiada ungen.“

„Und runter komm' ich auch wieder.“

„Bähst nur 's G'nid intakt b'höist.“

„Ich denke doch, Sepp und wenn nicht: Jetzt blühen Blumen überall und Kathrein kann so schöne Kränze oinden.“

„A geh, Dua — — —“

„Na, iag's nur, Sepp: Frivoligter Mensch — Mir für mgut! Ich muß fort. Behüt' euch Gott.“ — Es gab kein jalten mehr.

Arne reichte allen die Hand rief den Hund an und wendete ihm zum Gehen.

Der Alte sagte: „Ma gahn i's Bett, Arne, Gell, den Lump nimmi mit' auf d' Hütt'n.“

„Wird gemacht. — Komm, Lump.“

„Kathrein!“

„Ja, Dua — — i dent' an vorigt's Jahr, als d' mei Beggelell' woart! Dös is nu halt scho lo lang her! — Hsbann, Gott behüt' d', un' grüas ma' die Frau, bähst hr de Blüamerln in d' Händ' druck't.“

„Kathrein, wie seh ich dich heute — so anders.“

„Gell anders, so anders, i glaub's. Ma is net imma ini' mer sich un' heacht net imma richt! — Sachst dua do isst, siach; ma dös ergraute hoar un' trauu lie nigt! Un' iahst d' fort bist nochens siacht ma dei junges Herz un' weint heut', auf d' Nacht aba, bin ich helllichtig worn.“

„Ich habe dich enttäuscht, Kathrein.“

„Halt a weng anders hab' i mir's icho dent! I hab' ja nei' freid' g'habt an dir! Hab's heit nol' Schau Arne, soa jung sin untre Buam net, als wie dua bist un' soaner hat i solch' a junges Herz wie dual' Roaner no is für lei' Viab n d'r Nacht dort auf' a'liagen.“

„Woher weißt du, daß ich für ein Vieb die Rollen hole?“

„D' Stabilell' hoam's im Kopf, Arne, — ma im G'fühl.“

„Da beugte sich Arne auf Kathreins Hand und küßte die Hand.“

Kathrein strich ihm mit der Linken über's Haar und sagte: „Dan oanzig's Mal nur — sei mia net haa.“

„D, Kathrein.“

„B'huat die Gott, Arne.“

„Geh wohl, Kathrein.“

Ueber die Schwelle trat Arne hinaus in die Mondnacht.

Die Tür wurde geschlossen, von innen der Balten vor gelegt.

Vorbei war das kurze Leuchten.

„Von allen Frauen, die ich kenne, wärst du vielleicht — vielleicht — die einzige gewesen, die mich Vergessen hätte kehren können, blonde Kathrein. In deiner Hertheit, deiner Reuschheit, deiner Schöne kommst du der Sonne meines Lebens am nächsten, doch du bist die Sonne nicht — Vorweil!“

Auf seinem kurzen Wege dachte dieser Mann in hundert Varianten immer das Gleiche: „So lieb du bist, du bist es nicht, du bist es nicht!“

Am Fuße der Benediktenwand stand Arne still, schüttelte sich, als wollte er von sich werfen, was war, richtete sich hoch auf und sagte:

„Ich grüß dich, Felsen, der du so drohend oor mir aufsteigt! Ich lieb' dich deiner Wildheit wegen und will hinauf zu dir, Gott nahe sein, im Lichte stehen und soviel von dem Schönen, Großen mit nach Hause nehmen, daß ich ein Leben ang verschwenden kann.“

Und zum Hund sagte er: „Komm, Lump! Boran!“

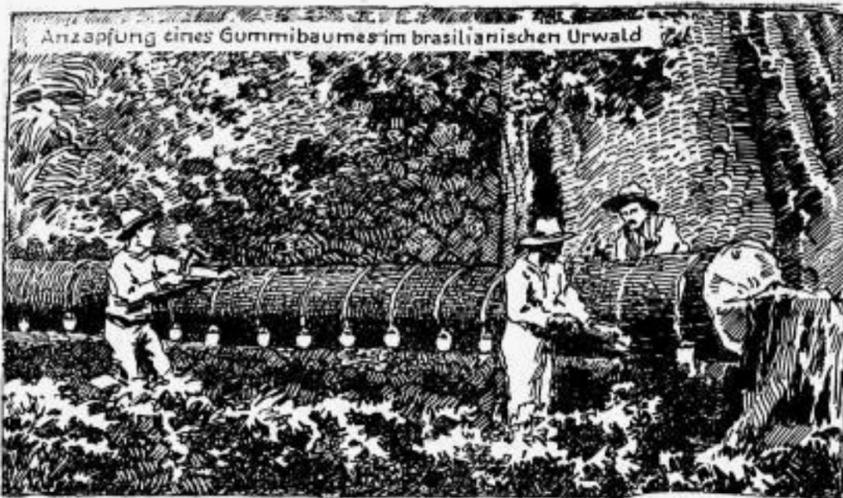
Beide begannen den Aufstieg.

Schwer war dieser Aufstieg nicht, auch mit Gefahren nicht verbunden, nur mehr wenigstens nicht als jede Bergpartie, nur daß es Nacht war, hinderte

Die steilste Strecke lag im tiefsten Schatten. Stein Schlag oor niedergegangen und mächtige Felsstücke, die da zu Tale oollten, waren wie von unsichtbaren Händen festgehalten.

„Wohin, wohin? Ihr bleib! Auch wenn ihr euch gelöst, ihr seid doch unser und gehört zu uns, wir halten euch.“

(Fortsetzung folgt.)



Der Kautschuk

Eine außerordentlich große Bedeutung in der Technik und Wirtschaft hat ein Stoff erlangt, der allgemein mit dem Namen „Gummi“ bezeichnet wird und dessen Grundsubstanz der Kautschuk ist. Kautschuk wurde schon vor ungefähr 200 Jahren unter dem Namen Gummilasticum in Europa bekannt. Als sehr elastische, dehnbare Masse wird er aus dem Milchsaft (Latex) verschiedener tropischer Bäume und Sträucher gewonnen. Solche Kautschukpflanzen sind u. a. die Hevea brasiliensis des Amazonengebietes, die den besten Parakautschuk liefert.

Die aus der südamerikanischen „Castilloa“, der afrikanischen „Dandolphia“ und dem ostindischen Ficus erhaltenen Kautschukarten sind nicht so wertvoll wie der Parakautschuk. Es ist aber auch gelungen, die Hevea in anderen Ländern, z. B. Südafrika, anzubauen, wobei die Kautschukgewinnung in zweckmäßig eingerichteten Pflanzungen betrieben wird. Auch in unseren ehemaligen afrikanischen Kolonien wurde die Kautschukgewinnung mit Aussicht auf besten Erfolg betrieben.

Die baumartigen Kautschukpflanzen haben im allgemeinen einen glatten Stamm mit ziemlich hoch stehender Krone. Aus ihnen wird der milchartige Saft durch Einschnitte in die Rinde gewonnen. Bei der primitivsten Art der Gewinnung des Milchsaftes wird der Baum gefällt und mit vielen halbkreisförmigen Einschnitten versehen, aus denen der Saft in darunter stehende Gefäße, wie in der Abbildung auch gezeigt ist, tropft. Diese Methode, die reinen Kautschuk darstellt, ist insofern verwerflich, als der Gummibaum durch sie vernichtet wird.

Besser ist der sogenannte „Grätenschnitt“, bei welchem die Rinde des Stammes senkrecht von unten nach oben eingeschnitten wird. In diesen Haupteinschnitt münden schräg um den Stamm verlaufende Quereinschnitte, die den Milchsaft in den Haupteinschnitt leiten. Durch diesen wird der Saft dann in die am Fuße des Stammes aufgestellten Sammelgefäße geführt.

Der den Pflanzen abgezapfte Saft enthält den Kautschuk in feinen Tröpfchen, die das milchartige Aussehen des Pflanzensaftes hervorgerufen. Aus ihm wird nun mittels verschiedener Verfahren, z. B. durch Räuchern, durch Ansäuern u. a. der darin enthaltene Kautschuk zum Gerinnen gebracht, so daß er sich zu hellen oder mehr oder weniger dunklen Kuchen zusammenballt, die nach dem Trocknen den eigentlichen Rohkautschuk darstellen. Der Rohkautschuk ist bei normaler Temperatur ein elastischer Stoff, der bei Erwärmung sich formen und mit anderen Stoffen zusammenkneten läßt. Bei 0 Grad hat er holzartige Beschaffenheit. In Benzol und Benzol ist er leicht löslich.



Rohgummi-Wäscherei

In wenigen Fällen, z. B. bei der Papierleimung, kann der frische Kautschuksaft ohne weitere Bearbeitung technisch verwendet werden. Der Rohkautschuk bedarf aber einer gründlichen Verarbeitung, um ihn der Fabrikation nutzbar zu machen.

Die Möglichkeit, den Rohkautschuk mit anderen Stoffen innig zusammenkneten zu können, ist die Grundbedingung für die technische Verwertung dieses Materials. „Goodyear“ hat im Jahre 1840 entdeckt, daß durch Beigabe von Schwefel das Mischprodukt elastischer und beständiger gegen Luft und Chemikalien wird.

Diesem Vorgang des Zusammenknetens von Kautschuk mit Schwefel mit nachfolgender Erwärmung auf 130 bis 140 Grad nennt man „vulkanisieren“. Die beigegebene Menge des Schwefels ist äußerst wichtig für das Endprodukt.

Hartgummi entsteht durch Vulkanisieren mit 30 % Schwefel. Es ist wenig elastisch, hornartig, und findet in der Technik und Fabrikation eine ausgedehnte Verwendung, z. B. zur Herstellung von Akkumulatoren-Gefäßen, Geräten, Rädern und dergl.

Nimmt man zum Vulkanisieren weniger Schwefel, ungefähr 8 bis 10 %, so erhält man das sogenannte Weichgummi, das für viele Zwecke unentbehrlich geworden ist. Bei der Herstellung von Weichgummiprodukten wird der Rohkautschuk zuerst zu dünnen „Fellen“ gewalzt und dann in der Wärme mit verschiedenen Zusätzen gemischt, falls nicht ein besonders wertvolles Fabrikat, z. B. beste Luftreifen, gewünscht werden; im letzteren Falle wird der Rohkautschuk ohne Zusätze, die nur die Rolle von Füllstoffen spielen, verwendet. Nun wird er im allgemeinen zu einer sogenannten „Platte“ von 10 bis 0,2 Millimeter Dicke auf dem Kalandertisch bei einer Temperatur von etwa 50 Grad gezogen. Aus solchen Platten, die auch mit Stoffeinlagen versehen werden können, werden dann Schläuche, Bälle u. a. gefertigt. Diese Gegenstände haben eine Naht, die durch Verflechten der Gummimäntel mit Benzin entsteht. Durch Spritzmaschinen, bei denen die warme Gummimasse durch eine mit einem Dorn versehene Leffnung gedrückt wird, lassen sich auch nahtlose Schläuche herstellen.



Rohgummi-Mischerel

Man kann aber auch den Rohkautschuk in Benzin lösen und die erhaltene Paste auf Gewebe in Schichten auftragen, ein Verfahren, das für die Gummierung von Stoffen benutzt wird, man denke z. B. an Gummimäntel. Die Mäntel für die Bereifung von Fahrzeugen bestehen aus vielen Schichten gummierter Baumwolle. Nachdem die Form des Fabrikates hergestellt ist, wird das Vulkanisieren vorgenommen. Es ist auch möglich, mit einer Chlor- oder Schwefel-Lösung dünne Gummischichten „talt“ zu vulkanisieren.

Natürlich kann hier nur ein kleiner Ueberblick über die bei der Bearbeitung des Kautschuks verwendeten Fabrikationsmethoden gegeben werden.

Der hohe Preis des Kautschuks hat zu angelegentlichem und schließlich im Jahre 1908 von Erps geführten Versuchen geführt, ihn auch künstlich aus Chemikalien im Laboratorium herzustellen. Diese sogenannte „Synthese“ des Kautschuks ist eine der Großtaten der chemischen Wissenschaften. Im Weltkriege, als die Kautschukzufuhr nach Deutschland abgebrochen war, wurde aus-

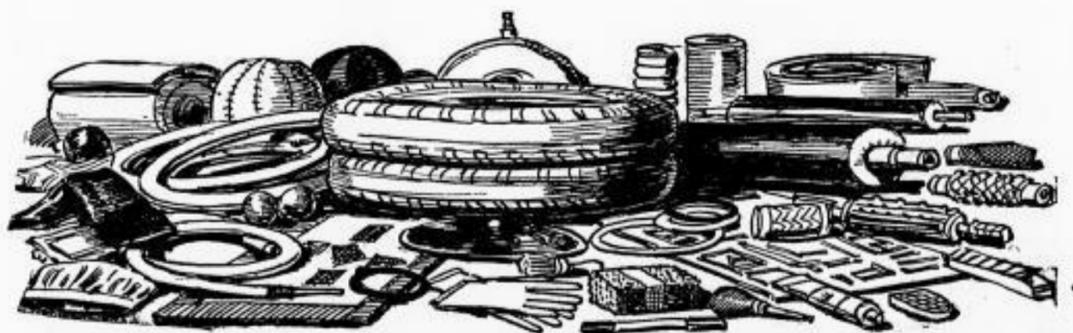


Das Anzapfen der Bäume mittels Grätenschnitt

gehend vom Aceton der sogenannte „Methyl-Kautschuk“ im Großen hergestellt. Zwar ist es noch nicht gelungen, bei Weichgummifabrikaten dieselbe Güte wie bei der Verwendung von natürlichem Kautschuk zu erreichen, wohl aber ist der aus synthetischem Kautschuk hergestellte Hartgummi in bezug auf seine Eigenschaften dem aus natürlichem Kautschuk gewonnenen gleichwertig. Der Forschergeist wird aber nicht eher ruhen, bis es ihm gelungen ist, auch den synthetischen Kautschuk auf die Güte des natürlichen zu bringen. Das ist bei der außerordentlich starken Steigerung des Weltverbrauchs an Kautschuk von größter Bedeutung.

Ein dem Kautschuk in seinem chemischen Aufbau verwandter Stoff ist die Guttapercha. Sie wird aus dem Milchsaft einer in Hinterindien vorkommenden Pflanze gewonnen und unterscheidet sich vom Kautschuk durch ihre geringe Elastizität. In der Wärme ist sie außerordentlich gut formbar. Ihre Hauptverwendung findet sie in der Fabrikation elektrischer Kabel. Für Unterseekabel ist sie das geeignetste Isoliermittel.

Wenn man an die Anzahl von Gegenständen denkt, die uns im täglichen Leben begegnen und deren Grundmaterial der Kautschuk ist, so erkennt man, was für eine praktische Bedeutung dieser schlichte Stoff gewonnen hat.



Fertigfabrikate aus Gummiverarbeitung